

Abonnement 60 Pf., monatlich 2,00 Pf. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Die einseitige Konzentration ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65.

Bisher 9,78 Prozent.

Teilergebnisse stehen noch aus!

Amlich. Nach den beim Reichswahlleiter bis zum 1. November, 22 Uhr, eingegangenen Meldungen stellt sich das Ergebnis wie folgt:

Zahl der Stimmberechtigten: 38 117 837, Zahl der Eintragungen: 3 729 205, mithin Beteiligung: 9,78 Prozent.

Gemeinen an der Gesamtzahl der Stimmberechtigten (41 278 897) liegen die Eintragungsziffern aus 97,83 Prozent des Reichsgebietes vor.

Teilmeldungen stehen noch aus folgenden Stimmkreisen aus. (Die Zahl der Stimmberechtigten für das noch ausstehende Gebiet ist in Klammern beigelegt.)

Nr. 1. Ostpreußen (1 156 000). Nr. 14 Westfalen (376 000). Nr. 17. Westfalen-Nord (376 000). Nr. 19. Weissen-Rhein (458 000).

Nr. 24. Oberbayern-Schwaben (33 000). Nr. 25. Niederbayern (623 000). Nr. 31. Württemberg (22 000). Nr. 32. Baden (352 000). Nr. 35. Mecklenburg (27 000).

Private Berechnungen über die möglichen Eintragungsziffern in den noch ausstehenden Gebieten — Berechnungen, die wohl auf dem Durchschnitt der bereits bekannten Zahlen aus diesen Wahlkreisen wie auch auf den Ergebnissen der letzten Reichstagswahlen beruhen, ergeben, daß sich die Zahl der Eintragungen noch um 275 000 erhöhen könnte.

Krösus Hugenberg.

Bernächster des eigenen Reichs.

Von Rudolf Breitscheid.

Ganz gleichgültig, ob das Volksbegehren die 4.1 Millionen Stimmen erreicht hat, oder ob die Zahl derer, die sich eingetragen haben, die Minimalgrenze ein wenig überschreitet, auf jeden Fall hat die Reaktion eine Niederlage erlitten, die sich weder durch Drehen und Deuteln an dem ziffernmäßigen Ergebnis, noch durch großsprecherische Ankündigungen künftiger Siege aus der Welt schaffen läßt.

Allerdings hieße es die Einsicht des Herrn Hugenberg gewaltig überschätzen, wollte man eine solche Selbsterkenntnis von ihm erwarten. Dieser Hazardeur der Politik wird ebenso wie der des Weltkrieges fortfahren, sein System als das einzig richtige zu rühmen, und die Legende von dem Dolchstoß hat er ja auch schon bereit. Aber das alles wird keinem Bernünftigen die Ueberzeugung rauben können, daß, wenn ein Preis ausgesetzt worden wäre für die beste Methode zur Bahmlegung der deutschnationalen Partei und zum Zusammenbruch dessen, was sich die nationale Opposition nennt, Herr Hugenberg den unbestrittensten Anspruch hätte.

Es ist doch wohl nicht anzunehmen, daß er sich mit der Stärkung der Nationalsozialisten, wie sie sich bei den badi-schen Landtagswahlen gezeigt hat, brüsten wird. Schließlich ist er der Führer der Deutschnationalen, und von einem Führer setzt man voraus, daß es ihm um die Stärkung seiner eigenen Partei zu tun ist. Wenn die Anhänger Hittlers auf Kosten der Zahl seiner eigenen wächst, so hilft alles Gerede von den Vorzügen eines Blocks gegenüber einem Brei nichts. Das Fiasko des glorreichen Strategen, der nicht einmal die Positionen halten konnte, die bei den Reichstagswahlen erreicht waren, ist offensichtlich. Doch darüber werden sich ja die Befonnenen unter seinen politischen Freunden mit ihm auseinandersetzen. Wie dieser Streit ausgeht, ist abzuwarten; einstweilen begnügen wir uns mit der Feststellung der Zerrüttung und des Chaos im sogenannten nationalen Lager. Wesentlich ist indessen noch die allgemeinpolitische Seite der Angelegenheit, das heißt, die Frage, welches Ergebnis das Volksbegehren hat, wenn wir von dem rein ziffernmäßigen absehen.

Die große, überwältigende Mehrheit der Nation lehnt es ab, Minister und deren Bevollmächtigte, die zu Reparationszahlungen verpflichtende Verträge zeichnen, als Landesverräter ins Zuchthaus schicken zu lassen. Sie weigert sich, die Reichsregierung zu beauftragen, das erzwungene „Kriegsschuldenanerkennnis“ den auswärtigen Mächten gegenüber in feierlicher Form zurückzunehmen und es für völkerrechtlich unverbindlich zu erklären.

Die Gründe, aus denen diese vierfache Absage an die Volksbegehrier erfolgt ist, brauchen hier nicht mehr auseinandergelegt zu werden. Sie sind aus den Erörterungen der letzten Monate hinreichend bekannt. Aber nun entsteht eine Gefahr, die nämlich, daß das Ausland bewußt oder unbewußt der Entscheidung des deutschen Volkes eine falsche Auslegung gibt. Es könnte den Schluß ziehen, Deutschland sei mit der Kriegsschuldverklärung des Versailler Vertrages einverstanden, es habe auch nichts gegen die Aufrechterhaltung der Drohung mit weiteren Sanktionen einzuwenden und es halte die ihm in Paris und im Haag auferlegten Verpflichtungen ohne weiteres für trag- und erfüllbar. Dem ist nicht so, das wissen wir. Eine solche Bedeutung hätte der Verzicht auf die Unterstützung der „Skandalbefreier“ nicht. Indessen, auch wenn die fremden Regierungen und die öffentliche Meinung des Auslandes das erkennen, so ist doch zweifellos für uns in all den Fragen, um deren willen die Hugenberg und Hitler ihre „Volksbewegung“ in Szene gesetzt haben, eine sehr viel schwierigere Lage geschaffen worden.

Es wird sehr viel mühsamer sein, eine internationale Debatte über das Problem der Kriegsschuld in Gang zu bringen und eine wirklich objektive Entscheidung zu erzielen. Der Verzicht, die Sanktionsparagrafen förmlich außer Kraft zu setzen, wird stets auf den Einwand stoßen, daß sich doch nur ein geringer Bruchteil der deutschen Wähler für eine solche Revision interessiert, und die Bemühungen, auf der zweiten Haager Konferenz wenigstens durch die Erlangung von Zugeständnissen auf anderen Gebieten den Young-Plan annehmbar zu machen, wird ähnlichen Widerständen begegnen, auch wenn die Gegenseite nicht ausdrücklich den Ausgang des Volksbegehrens als Argument benutzt.

Das also ist das Resultat des Befreiungsfeldzuges. Wir stehen außenpolitisch ungünstiger da als zuvor. Unseren Gegnern sind neue Waffen geliefert wor-

Der Terror der Großagrarien.

Gemeindevorsteher als Hausknechte der Terroristen — Massenhaft ungültige Listen

Der Prozentjah der Eintragungen für das Hugenberg-Begehren ist am höchsten in Pommern. Hier ist auf die Landarbeiterbevölkerung von den Großagrarien ein terroristischer Druck ausgeübt worden, der zum Himmel schreit.

In zahlreichen Fällen haben sich Gemeindevorsteher daran beteiligt und entgegen den amtlichen Vorschriften die Listen von Haus zu Haus gehen lassen.

Wir führen einige der kraßesten Fälle an.

Einzeichnen, oder fliegen!

Den Handwerkern, Arbeitern und Arbeiterinnen bei der künstlichen Bau-, Forst- und Forstverwaltung in Putbus auf Rügen ist amtlich die Mitteilung gemacht worden,

daß derjenige, der sich nicht in die Liste für das Volksbegehren einzeichnet, entlassen wird.

Es wurde sogar die Arbeitszeit zum Gange nach dem Einzeichnungsort freigegeben. Der Erfolg war, daß sich sogar gewerkschaftlich organisierte der Linksparteien eingetragen haben.

In Birgelow und Papitzfelde im Kreise Stolp regiert Frau v. Quisburg und ihr Sohn. Am Lohnzahlungstage wurde den bei ihr beschäftigten Landarbeitern erklärt:

„Eerst müßt ihr euch für das Volksbegehren einzeichnen. Dann gibt es Geld.“

Die Arbeiter ließen sich auch bedauerlicherweise einschüchtern und haben sich für das Volksbegehren eingetragen.

Schwere amtliche Verstöße.

Der Gemeindevorsteher von Relafeld, Kreis Belgard, hat die Einzeichnungslisten für das Volksbegehren nach den Ortsteilen Lit-Rihorow und Oppenfeld geschickt. Der dortige Inspektor Raack ist

mit der Liste sodann von Haus zu Haus gegangen,

damit sich die Einwohner einzeichnen sollten. Dann ist die Liste nach Neu-Rihorow gebracht worden, wobei der Hofmeister Dohbrah ebenfalls mit der Liste von Haus zu Haus gegangen ist.

Die Gemeindevorsteher von Stüffow und Arnhausen, Kreis Belgard, haben trotz des ausdrücklichen Verbotes des Landrates vom 15. und 17. Oktober 1929

amtliche Einzeichnungslisten in private Gutshäuser gegeben

und anschließend unter Bruch des Amtsgeheimnisses und restloser Ausnutzung des Abhängigkeitsverhältnisses sind dann die Gutshäuser zum Eintragen gezwungen worden. So sind amtliche Einzeichnungslisten von Stüffow nach dem Gutshause von Ganzow und von Arnhausen nach den Gutshäusern Beseritz, Hende und Passentin gegeben und dort zur Einzeichnung ausgelegt worden. Gleichzeitig wurde in diesen Orten verbreitet, daß, wer sich nicht einzeichnet, mit seiner Entlassung rechnen müsse.

Auch im Kreise Schlame ist ähnlich verfahren worden. So ist z. B. aus Jahingen, wo die Liste ausliegen soll,

eine Liste dem Oberst von Senden nach Dahow ins Gutsbureau gegeben worden,

wo die Landarbeiter als Stimmzettel unterzeichnen mußten, trotzdem niemand in Jagingen Mitglied der Gemeindevorsteherung ist. Desgleichen ist aus der Gemeinde Wendisch-Budow

eine Liste in das Gutsbureau des Rittergutsbesizers v. Jzlander in Haushagen abgeliefert worden,

wo die Landarbeiter ebenfalls unterzeichnen mußten.

In Jihewitz hat sich der preussische Amtsvorsteher Rittergutsbesitzer von Jihewitz und sein Stellvertreter, der Oberinspektor Komwitz für das republikfeindliche Volksbegehren eingetragen und

außerdem alle ihre Angestellten und Arbeiter dazu hinfommandiert.

Der Gemeindevorsteher von Wisbuzh, Kreis Köslin, schlug eigennützig Hugenbergsche Plakate für das Volksbegehren an, sie lagen auf dem Tisch neben bzw. unter den Listen, er sorgte für die Verbreitung solcher parteiischen Werbeplakate in den entfernt liegenden Ortsteilen. Gemeindevorsteher, die amtlich im Gemeindevorsteheramt zu tun hatten, wurden von ihm genötigt, sich für die Begehrlischen einzzeichnen. Als sich die Reihen nicht schließen wollten,

ging er am Sonntag, dem 20. und desgleichen am 27. mit der Liste bemannst nach den etwa 3 Kilometer entfernt liegenden Ortsteilen W.-Hoheneichen und W.-Eckernhaus auf Stimmfang.

Der besseren Wirkung wegen stieg er ins Herrenhaus und ließ mit dem „Herrn“ durch Inspektoren und sonstige Wesen ohne eigene Meinung ausposaunen: „Wer sich einzeichnen wolle, der möge jetzt kommen“ und so ähnlich. Jedemfalls vernahm die Arbeiter die Stimme ihres Herrn und mußten folgen, gegen ihren Willen.

Am 28. machte er sich an alle, die zurzeit noch nicht eingezichnet waren.

Sie wurden zum Einzeichnen genötigt. Sie gingen, weil sie den Jorn ihres Brotherrn fürchten mußten. Sonderbar — der „Herr“ mußte am 28. fünf Minuten vor dem siegreichen Irrlaufen der nationalen Hugenwellenberges alle, die noch nicht eingezichnet waren. Der Herr Gemeindevorsteher hat also ein bißchen „amtliche Austunft“ gespielt!

Feststellungen in Gummeln haben ergeben, daß von einigen Personen in Gummeln mehrere Eintragungen in die Liste zum Volksbegehren vorgenommen wurden. J. B. hat der Eigentümer Heinrich Katermann auch seine Ehefrau ohne deren Anwesenheit in Gegenwart des Gemeindevorstehers eingetragen. „Dienstboten“ wurden zur Unterschrift kommandiert. Es sind mehrere solche Fälle bekannt.

Die hier mitgeteilten Fälle aus Pommern sind nur ein kleiner Ausschnitt aus diesem ungeheuren Material. In Ostpreußen und Schlesien ist ähnlich verfahren worden. In allen Fällen, in denen gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen worden ist, sind die so zustande gekommenen Listen ungültig.

den, und zwar von denen, die sich als die Preisfechter deutscher Freiheit und deutschen Rechts gebärden, und die, die anderen Sinnes sind, als Landesverräter anprangern. Der Kampf der nationalen Opposition wider die marxistische Außenpolitik hat wirklich einen herrlichen Erfolg erzielt.

Und wie sieht es in dieser nationalen Opposition überhaupt aus? Ihre Vertreter haben immer wieder darüber Klage geführt, daß die Regierung und besonders Stresemann sie in seinen Verhandlungen mit fremden Mächten nicht entsprechend auszuwerten verstehe. In der Tat ist es an sich für einen Staatsmann sehr wohl möglich, und unter Umständen auch nützlich, sich gegenüber ausländischen Ansprüchen auf den Widerstand zu berufen, den solche Forderungen bei einem großen Teil seiner Volksgenossen auslösen würde, und auch Stresemann hat von diesem Mittel mehr als einmal Gebrauch gemacht. Indessen war seine Verwendung für deutsche Unterhändler nicht leicht. Dem, was sich bei uns nationale Opposition nennt, ist es im Grunde gar nicht in erster Linie um das Außenpolitische zu tun, und die bekannten Enthüllungen der letzten Monate haben uns bestätigt, daß die Nationalisten in ihren privaten Besprechungen mit Angehörigen fremder — und nach ihrem Sprachgebrauch feindlicher — Nationen auch ihrerseits die Möglichkeiten weitgehender Zugeständnisse eröffnet haben. Die nationale Opposition hat in viel höherem Maße innerpolitische Ziele. Sie wendet sich gegen den republikanischen Staat und seine Träger, und es ist deshalb für einen Repräsentanten der Republik so gut wie unmöglich, sich ihrer in internationalen Auseinandersetzungen mit Erfolg zu bedienen. Das Ausland ist über ihren wahren Charakter ebensowenig im ungewissen wie wir selbst.

Doch auch wenn wir diese Tatsache unberücksichtigt lassen: nach dem Fehlschlag der Hugenbergschen Aktion, der in seiner Klugheit selbst manchem ihrer Gegner überraschend gekommen ist, läßt sich mit der nationalen Opposition schon gar nicht mehr anfangen. Man würde ein spöttisches Lächeln erregen, wenn man sie ins Treffen führen wollte. Sie hat sich dank der glänzenden Taktik ihrer Führer in ihrer ganzen Schwäche und Einfühlungslosigkeit enthüllt. Der Nimbus, mit dem sie sich, gestützt auf eine gewisse Presse und auf die Großmäuligkeit ihrer Versammlungsredner, bisher noch umgeben konnte, ist zerstört. Hugenberg erinnert an jenen König des Altertums, Krösus, dem das Orakel verkündet hatte, er werde ein großes Reich vernichten, wenn er den Halbschuß überschreite. Er vernichtete ein Reich, aber es war sein eigenes.

Strafantrag gegen Hugenberg.

Begegnung schwerer Beamtenbeleidigung.

Amlich wird mitgeteilt: Im „Berliner Total-Anzeiger“ (Morgenausgabe vom 31. Oktober 1929) und in einer Anzahl anderer in Berlin und auswärts erscheinender Blätter sind in einem vom Geheimen Finanzrat Dr. Hugenberg, Mitglied des Reichstags, verfaßten Artikel schwere Beschuldigungen gegen die mit der amtlichen Feststellung des Eintragungsergebnisses beim Volksbegehren („Freiheitsgefäß“) befaßten Beamten ausgesprochen.

In dem Artikel befinden sich folgende Sätze:

„Ist die Schlacht gewonnen oder verloren? Der sozialistische Reichsinnenminister will es uns erst am 6. November verraten. Hoffentlich wird inzwischen nicht allzu sehr retuschiert.“

Gegen Schluß des Artikels heißt es: „Aber wir haben den Kampf aufgenommen und hoffen Gutes von ihm für unser Land und Volk — einerlei, was die Organe des Reichsinnenministers beim Volksbegehren herausrechnen.“

Der Reichsminister des Innern hat wegen der in diesen Sätzen enthaltenen Beleidigung der ihm unterstellten, mit der Ermittlung des Eintragungsergebnisses befaßten Beamten Strafantrag gestellt.

Waffenlager bei Pustkuchen.

Ein deutschnationaler verhaftet.

Stettin, 1. November. (Eigenbericht.)

Der Zahnarzt Pustkuchen aus Grimmen, in dessen Wohnung Artillerielegatschiffe, Eierhandgranaten und 150 Schuß Munition gefunden wurden, wurde von der Stettiner Kriminalpolizei verhaftet. Pustkuchen ist Mitglied der deutschnationalen Partei und war eifriger Agitator für das Volksbegehren.

Die Bombenuntersuchung.

Ein neuer Haftbefehl.

In der Voruntersuchung wegen der Bombenattentats hat der jetzt in Altona weilende Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Rofur, auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung gegen den Maler Werner Brandt aus Groß-Plattow wegen Mitwisserschaft und Begünstigung des Alfred Rapphengst bei seiner Flucht erlassen. Brandt ist festgenommen. Die Staatsanwaltschaft hat Erlaß eines Haftbefehls gegen ihn beantragt.

Um den Novembertag.

Neuer Sturm im Sächsischen Landtag.

Dresden, 1. November. (Eigenbericht.)

Der Sächsische Landtag lehnte am Freitag einen Antrag der bürgerlichen Parteien, bereits am Sonnabend in die Beratung der Vorlage über den Mai- und November-Feiertag einzutreten, mit 46 gegen 46 Stimmen ab. Die nächste Sitzung des Landtags dürfte am kommenden Mittwoch stattfinden. Die Feiertagsvorlage steht jedoch nicht auf der Tagesordnung.

Am Verlauf der Sitzung kam es wiederum zu lebhaften Kuffritten. Die Sozialdemokratie führte insbesondere Beschwerde darüber, daß man ihrem Berichtsstatter zumutet, am Sonnabend bereits einen schriftlichen Bericht fertig zu haben, obwohl er die dazu erforderlichen Aktenstücke erst am Freitag erhalten hat. Als schließlich die Nationalsozialisten unparlamentarische Zwischenrufe machten und die Vinte entzweielt erwiderte, mußte die Sitzung geschlossen werden. Es ist bezeichnend, daß selbst bürgerliche Kreise sich mehr und mehr gegen die Absicht der Regierung wenden, den November-Feiertag wenige Tage vor dem 9. November aufzuheben. Man darf deshalb annehmen, daß die Regierung mit ihrem Plane nicht durchdringt.

Hoffnungen und Enttäuschungen.

Die Liquidationsfrage in Polen und England.

In Warschau sind jetzt nach jahrelangen vergeblichen Verhandlungen mehrere deutsch-polnische Abkommen unterzeichnet worden, die endlich den Schlüsselpunkt unter die vielumstrittene Liquidationspolitik in Polen setzen. Es handelt sich bei diesen Verträgen um die Einstellung der Liquidationen deutschen Eigentums in Polen, ferner um den Verzicht Polens auf das staatliche Rückkaufsrecht bei Siedlungsgütern und schließlich um die Streichung gegenseitiger finanzieller Ansprüche.

Der Verfallener Vertrag hatte Polen das Recht gegeben, reichsdeutsche Grundbesitzer gegen Entschädigung zu enteignen. Da in den abgetrennten deutschen Ostgebieten ein großer Teil der Bevölkerung nicht für Polen optierte, sondern die deutsche Staatsangehörigkeit beibehielt, hatte die polnische Liquidationspolitik eine starke Entdeutschung der westpolnischen Grenzgebiete zur Folge. Es ist daher im Interesse der deutsch-polnischen Verständigung sehr zu begrüßen, wenn Polen in den jetzt abgeschlossenen Abkommen auf alle künftigen Liquidationen deutschen Grundbesitzes verzichtet. Da dieser Verzicht mit Rückwirkung auf Ende September geleistet ist, werden auch die zahlreichen Liquidationen der letzten vier Wochen hinfällig, soweit der enteignete Besitzer das Gut noch nicht verlassen mußte.

In einem zweiten Abkommen ist die für die deutschstämmige Bauernbevölkerung sehr wichtige Frage des staatlichen Rückkaufsrechts geregelt worden. Dieses Rückkaufsrecht des Staates beruht auf alten Verträgen der früheren preussischen Ansiedlungskommission, deren Rechtsgrundzüge der polnische Staat nach 1918 übernommen hat. Welche Bedeutung dem Verzicht Polens auf das staatliche Rückkaufsrecht beizumessen ist, beweist die Zahl von rund 12 000 Besetzungen mit einer Bevölkerungszahl von mindestens 50 000 Personen, um die es sich in diesem Falle handelt.

Mit dem Abschluß dieser Verträge wird eine Quelle ewigen Unfriedens zwischen Deutschland und Polen verstopft. Die jetzt erfolgte schnelle Einigung in diesen Fragen bietet genug Anlaß zu der Hoffnung, daß auch in den noch nicht geklärten wirtschaftspolitischen Fragen die beiden Nachbarstaaten sich rasch verständigen werden.

Zu gleicher Zeit ist auch in England eine wichtige Entscheidung in der Liquidationsfrage gefallen. Die Entscheidung in England aber muß in Deutschland eine allgemeine tiefe Enttäuschung hervorrufen. Von den früheren Kriegsgegnern war England bis vor wenigen Wochen noch der einzige Staat, der die Enteignung und Liquidation deutschen Privatigentums beibehalten hatte. Der Young-Plan, der ausdrücklich darauf hinweist, daß der Krieg und die Kriegsfolgen endgültig zu liquidieren seien, empfiehlt in seinem Schlußbericht ausdrücklich eine reifliche Regelung sämtlicher Liquidationsfragen. Der Standpunkt des englischen Handelsministers Graham, der vor der endgültigen Unterzeichnung und Ratifizierung des Young-Planes von einer Einstellung der Liquidation nichts wissen wollte, wirkte kurz vor den Haager Verhandlungen

nicht nur in Deutschland, sondern auch in den früheren alliierten Ländern, besonders in den Vereinigten Staaten, sehr befremdend.

Die jetzige Entscheidung der britischen Regierung betrifft die Liquidationsüberschüsse. Nach Befriedigung der englischen Gläubiger in Höhe von 800 Mill. Mark hat sich nach einwandfreier Feststellung in England ein Barüberschuß von 250 bis 300 Mill. Mark aus dem Verkauf deutschen Eigentums angehäuft, auf dessen Rückgabe die früheren deutschen Eigentümer berechtigten Anspruch haben. Wenn die englische Regierung jetzt darauf hinweist, daß Deutschland auf Grund des Young-Planes keine Forderung auf Rückgabe dieser Erlöse ableiten könne, so hat sie dem Buchstaben nach recht. Man weiß aber, daß im Young-Plan eine klare, juristische Festlegung einzig und allein an dem Widerstand der britischen Delegierten scheiterte. Jedenfalls steht das Vorgehen der britischen Regierung in offenkundigem Widerspruch zu den geistigen Grundlagen des Young-Planes.

Wenn in der Erklärung der britischen Regierung u. a. darauf hingewiesen wird, daß die anderen Gläubigerstaaten Deutschlands sich nicht entgegenkommender verhalten hätten, so zeugt dies immerhin von einer erheblichen Verkennung der Tatsachen.

So haben die Südafrikanische Union über 90 Proz., Amerika 80 Proz. und Japan rund 70 Proz. des beschlagnahmten deutschen Eigentums zurückgegeben. Auch Frankreich wird auf Grund eines Vertrages von 1926 die Liquidationsüberschüsse freigeben.

Grundföhllich ist zu diesem unerfreulichen Kapitel zu sagen, daß die im Verfallener Vertrag festgelegte Enteignung deutschen Privatigentums im Ausland einen schweren Bruch uralter internationaler Rechtsgrundzüge darstellt. Wenn ein großer Teil der früheren Kriegsgegner Deutschlands schon vor Jahren die Liquidationspolitik abschloß, so war dies als ein Wiedererstarben des internationalen Rechtsgefühls nur zu begrüßen. Um so bedauerlicher ist es, daß England, welches sich in dieser Frage schon seit Jahr und Tag in der Welt moralisch isoliert hat, hartnäckig an seinem bisherigen Standpunkt festhält.

Vor dem Ende des Zollkriegs.

Breslau dankt dem Reich für seine Bemühungen.

Der Breslauer Magistrat und die Industrie- und Handelskammer Breslau haben folgendes Telegramm an den Reichskanzler, den Reichswirtschaftsminister und das Auswärtige Amt gerichtet:

„Mit Befriedigung haben wir von der günstigen Entwicklung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen Kenntnis genommen und sprechen mit unserem Dank für die erfolgreichen Bemühungen um die Beendigung des mehr als vierjährigen, Niederschlesiens und Breslaus Wirtschaft auf schwerste schädigenden Handelskrieges die bestimmte Hoffnung und Erwartung aus, daß die Verhandlungen ohne Verzug zum glücklichen Abschluß gebracht werden.“

Erklärung des Oberbürgermeisters.

Böh beantragt Disziplinarverfahren gegen sich selbst.

Oberbürgermeister Böh erklärt im Städtischen Nachrichtendienst:

„Nach meiner Rückkehr von Amerika habe ich festgestellt, daß während meiner Abwesenheit gegen mich in einem von mir bisher nicht gekannten Maße schwere, meine Ehre berührende Angriffe erhoben worden sind, ohne daß ich in der Lage war, mich dagegen zu verteidigen.“

Mit Rücksicht auf die Art der Angriffe sehe ich es als meine Pflicht an, die reifliche Aufklärung aller Vorwürfe im Disziplinarverfahren herbeizuführen. Ich habe deshalb heute die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen mich beantragt.

Ich stehe weiter auf dem Standpunkt, daß es nicht angängig ist, daß ich, während ein Disziplinarverfahren wegen derartiger Angriffe gegen mich schwebt, das Amt des Oberbürgermeisters der Reichshauptstadt ausübe. Daher habe ich mich nach meiner Rückkunft jeder Amtsausübung enthalten und den Herrn Oberpräsidenten gebeten, mich bis zur Beendigung des Disziplinarverfahrens zu beurlauben.“

Umschuldung der Städte.

Eine große Selbsthilfeaktion der Städte im Interesse der Volkswirtschaft.

In den letzten Monaten hat sich die Finanzlage der deutschen Städte weiter erheblich verschlechtert. Die katastrophale Lage des inländischen und ausländischen Kapitalmarktes hat die kurzfristige Verschuldung der Städte und noch die daraus sich ergebende Sinsbelastung unerträglich gemacht.

Ursächlich verschuldet wurde dieser Prozeß durch die Ab-spernungspolitik der Beratungsstelle.

Bei Fortdauer und Fortentwicklung dieses Verschuldungsprozesses zu unaufbringbaren Zinsätzen — 11 bis 14 Prozent müssen heute gezahlt werden — ist nicht nur eine finanzielle Gefährdung der Städte, und weiterhin des Geldmarktes und des Wirtschaftslebens unvermeidlich, sondern die Erfüllung der kommunalen Aufgaben überhaupt wird gefährdet.

Die deutschen Städte haben unter Führung des deutschen Städtetages, unbeschadet der kommenden Finanzreform, dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen zu können gelaubt. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat deshalb einstimmig beschlossen, und zwar in Übereinstimmung mit den Vertretern der Mittelstädte, nicht nur einer weiteren kurzfristigen Verschuldung zunächst noch Möglichkeit vorzubehalten, sondern auch einen großen Teil der bestehenden teuren kurzfristigen Verschuldung — von etwa 1100 Millionen bei den Städten über 50 000 und nicht viel weniger als 1500 Millionen bei allen Gemeinden und Gemeindeverbänden überhaupt — in eine billigere langfristige Verschuldung umzuwandeln.

Ueber diese ab 1. Dezember in die Tat umzusetzenden Pläne machte der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Küllert vor-gestern der Presse einige Mitteilungen.

Der Kern des Planes ist die Verhinderung neuer kurzfristiger Schuldannahmen während einer größeren Zahl von Monaten, womit den Städten während dieser Zeit ohne Vernachlässigung dringlichster Ausgaben die äußerste Ausgabebeschränkung nahe-gelegt ist.

In dieser Zeit soll dann ohne Verletzung der gesetzlichen Anlagevorschriften der Sparkassen die Sparkassen- und Giroorganisation der Länder, Provinzen und des Reiches einen größeren Teil der Neuzugänge zu langfristigen Konsolidierungsdarlehen für die Städte bereitstellen, wodurch für einen erheblichen Teil der kurzfristigen Schulden die Möglichkeit der Rückzahlung eröffnet wird. Der deutsche Sparkassen- und Giroverband hat sein Einverständnis mit diesen Plänen erklärt.

Die deutschen Städte halten ferner die Beteiligung der auch vom Enqueteauschuß als unzumutbar angesehenen Beratungsstelle für geboten und ihre Ersetzung durch ein Kontroll- und Finanzinstrument der kommunalen Selbstverwaltung, das den Anforderungen sicherer und sexueller Ausnützung günstiger Anleihebedingungen im Ausland gewachsen ist. (Dabei wird jede Beteiligung in ausländische Hände grundsätzlich abgelehnt.)

Vertopplung von Anleihen mit Substanzübertragungen (Aktienbeteiligung) in ausländische Hände grundsätzlich abgelehnt.)

Für die Beschaffung von Inlandsanleihen wird sowohl eine Kontrolle des Anleihebedürfnisses als auch der Anleihebedingungen durch Schaffung staatlicher Anleiheauschüsse auf der Grundlage der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung angestrebt.

Trotz aller Bedenken gegen die mögliche wirtschaftliche Auswirkung der Umschuldungsbeschlüsse im ganzen — auch für den Wohnungsbau sind gewisse Folgen unvermeidlich — begrüßen wir die Initiative der deutschen Städte als

einen Akt der Voraussicht und der Vorsorge,

dessen Vorteile — nachdem für die kurzfristige Verschuldung eine Grenze gefunden werden muß — auf die Dauer für die Volkswirtschaft größer sein werden als die möglichen und vor allem vorübergehenden Nachteile. Die im Augenblick erstrebte finanzielle Entlastung der Städte wird in der Zukunft auch ihre wirtschaftliche Kraft erhöhen, während die Fortdauer des jetzigen Zustandes unab-sehbare Gefahren auch für die Volkswirtschaft in sich birgt.

(Vergleiche im einzelnen auch den Wirtschaftsteil.)

Der Jungdeutsche Orden hat jetzt die vor Tagen angekündigte Umformung zur Partei vollzogen. In einem Aufruf des Hochmeisters Rahrau wird die Bildung einer „Nationalen Reichsvereinigung“ bekanntgegeben, die die Vorstufe zu dieser neuen Partei abgeben soll. Es heißt in dem Aufruf: „Die Nationalen Reichsvereinigungen erstrebt die Bildung einer großen Partei der nationalen Erneuerung. Dieser sichert sie Mitarbeit und Unterstützung, wenn sie den Ausbau der Republik zum wahren Volksstaat erstrebt, unter Abkehr von parteipolitischen Demagogie den Willen zum verantwortlichen, auch unpopulären Handeln besitzt, und für Sauberkeit im politischen Leben eintritt.“

Der Fall Leow.

Auch die Linkskommunisten enthüllen.

In dem linkskommunistischen „Volkswillen“ lesen wir: „Es geht das Gerücht unter Parteigenossen, daß Willi Leow, der korumpierte R.F.B.-Führer, sich wieder einmal das Leben nehmen will. Wir, die wir Willi Leow kennen, sind natürlich der Meinung, daß dieses Gerücht auf keinen Fall stimmt. Der korumpierte Leow ist viel zu feige, als daß er Selbstmord begehen könnte. Außerdem weiß er doch aus Erfahrung, daß Korruption im großen in der R.F.D. gedeckt werden kann. Und schließlich wird er sich darauf verlassen, daß man sich nicht an ihn heranwagt, weil er ja dann seine Drohung wahr machen könnte, daß nämlich bei seinem Fall mindestens 20 Prominente mit fallen müssen. Und zu guter Letzt wird er sein Vertrauen auf die Höhe solcher Leute setzen, die ihn schon einmal retteten, als er mit Selbstmordgedanken umzugehen vorgab. Das war, als er von der Inzeraten-Expedition die 5000 Mark in Empfang nahm. Selbstverständlich bekam er diese Summe nicht ohne Gegenleistung. Diese Gegenleistung aber hat auch lediglich den Roten Frontkämpferbund geschädigt, denn schließlich ist ja die Beteiligung von 30 Prozent an Stelle 33 1/2 Prozent bei einer Summe, die in die Hunderttausende geht, kein Pappenstiel. Zum „Blind“ für den Kontrahenten Leows hat dieser sein Wissen über die Vorgänge in Saarbrücken, auf die wir gelegentlich zurückkommen noch nicht ausnützen können. Auf jeden Fall decken die „Rote Fahne“ und die R.F.D. Leow immer noch, obgleich festgestellt ist, daß 1. Leow Organisationsgelder verlossen hat, 2. er überhaupt die Kasse des R.F.B. als sein Privateigentum betrachtete, 3. er Unterstüßungsgelder falsch verrechnet hat, und 4. er 5000 M. unterschlug und dafür einen Vertrag zugunsten des R.F.B. um nur 3 1/2 Prozent änderte. Für die R.F.D. ist Leow ein ehrenwerter Mann, denn er kann ja schließlich „20 weitere Prominente mit in den Abgrund ziehen.“

Fort von der R.F.D.!

Wieder ein Uebertritt.

Offenbach a. M., 1. November. (Eigenbericht.)

Der bisherige kommunistische Stadtratsmitglied Paul Bernhardt in Offenbach a. M. hat an den dortigen Oberbürgermeister folgendes Schreiben gerichtet:

„Erlaube mir, ergebenst mitzuteilen, daß ich mit dem heutigen Tag aus der kommunistischen Partei ausgetreten bin und damit zugleich aus der Stadtfraktion der kommunistischen Partei. Ferner bitte ich Sie, Kenntnis zu nehmen, daß ich nunmehr der Sozialdemokratischen Partei angehöre. Mein Mandat als Stadtratsmitglied werde ich weiter ausüben.“

Folgen der Rowdypolitik.

45 Polizeibeamte in Hamburg verfehlt.

Hamburg, 1. November. (Eigenbericht.)

In Hamburg sind seit dem 1. September nicht weniger als 45 Beamte der Ordnungspolizei im Dienste verfehlt worden, davon vier so schwer, daß sie lange Zeit keine Tätigkeit ausüben können. Die Hamburger Polizeibehörde führt diese Verletzungen auf die Hege der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ zurück.

Zollwaffenstillstand.

Der Vorentwurf des Völkerbunds Ausschusses.

Das Ständige Wirtschaftskomitee des Völkerbundes hat den von ihm aufgestellten Vorentwurf über einen mehrjährigen Zollwaffenstillstand veröffentlicht lassen. Der Entwurf umfaßt 22 Artikel und soll sofort allen Staaten, Mitgliedsstaaten und Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes, zugestellt werden, damit noch vor Jahresende dem Völkerbundsekretariat die Bereitschaft mitgeteilt wird, auf der Grundlage des Entwurfs an der für Februar nächsten Jahres geplanten diplomatischen Konferenz teilzunehmen.

Die vorgeschlagenen Verpflichtungen werden vom Wirtschaftskomitee dahin charakterisiert, daß sie in ihrer Gesamtheit dazu dienen sollen, grundsätzlich ohne Abänderung das gegenwärtig zwischen den Staaten geltende Vertragsregime aufrechtzuerhalten. Der allgemeine Grundgedanke des Zollwaffenstillstandes sei die Konsolidierung der bestehenden Verträge und eine Verpfändung der Staaten, im Rahmen des Möglichen nicht die Initiative zur Kündigung ihrer Handelsverträge zu ergreifen. Das Prinzip von Ausnahmefällen ist aber grundsätzlich angenommen, um eine einheitliche Aktion der Staaten und Völker sicherzustellen. Ueber Beginn und Dauer des Zollwaffenstillstandes, über seine rückwirkende Kraft wie auch über das spätere Arbeitsprogramm werden keine Vorschläge gemacht, um auch in diesen Fragen der Konferenz nicht vorzugreifen. Der Zollwaffenstillstand hängt also nunmehr vollständig von den Beschlüssen der geplanten Konferenz selbst ab, die der Völkerbundsrat bei günstigem Ausfall der Antworten der einzelnen Regierungen in seiner Januartagung einberufen wird.

Erregung in Polen.

Sejm-Eröffnung am 4. November.

Warschau, 1. November. (Eigenbericht.)

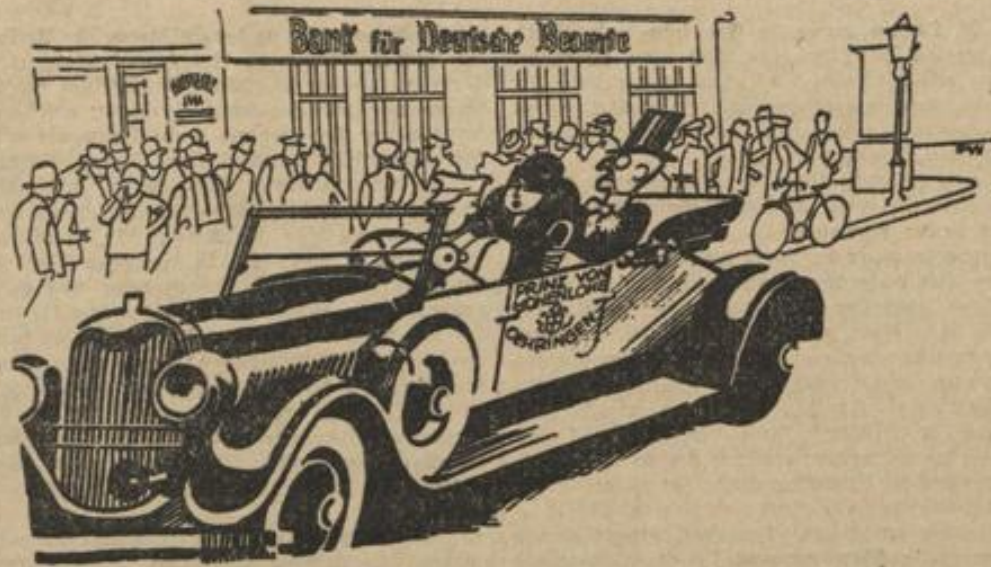
Der jüngste Zwischenfall im polnischen Parlament hat in Polen große Erregung ausgelöst. Die gesamte Presse veröffentlicht seitenslange Berichte über den Verlauf der Vorgänge. Die Rechtspresse versucht das gewalttätige Eindringen der Offiziere als eine vollkommen „harmlose“ Ovation für Pilsudski hinzustellen, und das angeblich ängstliche Verhalten der Abgeordneten und des Sejmarschalls ins Lächerliche zu ziehen.

Der Regierungsbund sah inzwischen einen Beschluß, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Furcht Daszynskis vor den Offizieren durch nichts begründet gewesen sei und eine rein demagogische Tendenz gehabt habe. Der Klub werde daher einen Mißtrauensantrag gegen den Sejmarschall einbringen. Die sozialistische Sejmfraktion erklärt sich dagegen mit der Haltung des Sejmarschalls solidarisch. Einen ähnlichen Beschluß faßten die rechtsoppositionellen Nationaldemokraten.

Die Eröffnung der Sejm-session ist nunmehr für Montag, den 4. November, angelegt. Die polnischen Sozialisten haben ihre Mitglieder inzwischen aufgefordert, sich am Montag zurzeit der Eröffnung des Sejm in den Parteikontakten zu versammeln.

Vornehme Geschäfte.

Die Bank für Deutsche Beamte, die ihre Schalter schloß, hat 1 1/2 Millionen an einen Prinzen Hohenlohe verloren.



„In früherer Zeit, da hätten sich so'n paar kleine Beamte geehrt gefühlt, einem Prinzen Hohenlohe ihr Geld leihen zu dürfen.“

Reaktionsjubiläum in Paris.

Ueber den unverhofften Ausgang der Krise.

Paris, 1. November. (Eigenbericht.)

Das vorläufig noch ungeborene Kabinett Lardieu wird schon jetzt das „Ministerium Allerheiligen“ genannt. Die traurige Ironie, die sich aus dem chronologischen Anlaß ergibt, ist unmerkbar. Es hieße sich selbst belügen, wollte man verbergen, daß die zehnjährige französische Regierungstrife mit einem

unleugbaren Prestigeverlust der Linken

und einem, weder der wahren politischen Schichtung, noch den Regeln des parlamentarischen Kampfes entsprechenden Sieg der Reaktion geendet hat, mit einem Sieg jener reaktionären Kombination, die unter dem frommen Deckmäntelchen der „republikanischen Union“ jagelt. So nimmt denn auch das Siegesgeschrei der Rechten kein Ende. „Der alten Mehrheit Poincarés“, so schreibt der „Antragsigeant“, „hat die Dummheit der Radikalen jetzt zu einem Führer verholfen, der der direkte und logische Nachfolger Poincarés ist, den dieser schon vor einem Jahre als seinen gegebenen Nachfolger empfohlen hat.“

Tardieu, der neue Mann, der, seitdem er am 1. August das Vaterland vor der „roten Gefahr“ gerettet hat, mehr denn je das

vermählte Kind der Reaktion geworden ist, geht im allgemeinen Siegesjubiläum in mutiger Weise voran. Mit einem Hochmut, der peinlich von dem sonst unter französischen Politikern üblichen Umgangston absteht, erklärte er, er werde sein Kabinett innerhalb 24 Stunden fertig haben, es am nächsten Donnerstag der Kammer vorführen und der bisherigen Politik des Zögerns und der Russenmanöver durch entschlossenes Handeln ein für allemal ein Ende machen.

Auf außenpolitischem Gebiet dürfte von der neuen Regierung Frankreichs keine neue Enttäuschung zu erwarten sein; Briand, der die Geschäfte des Außenministeriums weiterführen wird, dürfte genügend Gewähr dafür bieten, daß die reaktionären Tendenzen des neuen Kabinetts auf internationalem Gebiet unschädlich gemacht und die Politik der Liquidierung des Krieges ungestört zu Ende geführt wird. Doch was Briand außenpolitisch seinen Kollegen abzwängt, wird die Innenpolitik zu bezahlen haben. Die wieder an die Macht gelangte Reaktion wird, wie der „Antragsigeant“ es so schön ausdrückt, „die Gelegenheit, die nicht zum zweitenmal wiederkehrt, beim Zipfel zu fassen wissen.“

Macdonald wieder in London.

Große Ovationen.

London, 1. November. (Eigenbericht.)

Macdonald war am Freitag bei seiner Rückkehr aus Amerika Gegenstand lebhafter Ovationen von Seiten einer riesigen Menschenmenge, die vor dem Bahnhof aufstellung genommen hatte. Der Ministerpräsident begab sich sofort nach seiner Ankunft zur Downing-Street, wo eine Kabinettsitzung stattfand, die sich u. a. auch mit den Fragen des Robinsonberghaus beschäftigte.

Tory-Interpellation wegen Sowjet-Rußland.

London, 1. November.

Die konservativen Führer Baldwin, Austen Chamberlain und Lord Bampson geben bekannt, sie würden im Unterhaus am kommenden Dienstag zu der Regierungsresolution, wonach die diplomatischen Beziehungen mit Rußland wieder aufgenommen werden sollen, folgenden Antrag einbringen: Das Haus bedauert den Fehler der Regierung seiner Majestät, die Bedingungen nicht aufrechtzuerhalten, die der Premierminister und der Staatssekretär des Auswärtigen für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Rußland aufgestellt haben, und es verurteilt die Wiederaufnahme derartiger Beziehungen, solange nicht zufriedenstellende Bedingungen vorliegen.

Indiendebatte im Unterhaus.

London, 1. November. (Eigenbericht.)

Die Erklärung des indischen Vizekönigs über die nächsten Schritte zur Lösung des indischen Problems hat in politischen Kreisen der Opposition eine starke Wirkung ausgeübt und zu allerlei Gerüchten über einen offenen Konflikt zwischen dem Vizekönig bzw. der Regierung und der Verfassungskommission für Indien geführt. Gerüchte, die sich in allen möglichen Schattierungen in der Morgenpresse spiegeln. Die „Daily Mail“ hatte die Ge-

legenheit überdies zu einem Schlag gegen den Führer der Konservativen und ehemaligen Ministerpräsidenten Baldwin benützt und behauptet, daß Baldwin hinter dem Rücken seiner Kollegen die konservative Partei auf eine Zustimmung zu den Plänen der Regierung während der Parlamentsferien festgelegt hätte.

Diese aus durchsichtigen Gründen künstlich genährte Vermutung spiegelte sich bei der Eröffnung der Unterhausungung am Freitag in den Anfragen des liberalen Führers Lloyd George an die Regierung wider, ob die Verfassungskommission über die Ansicht des Vizekönigs befragt worden sei, und ob die Erklärung Lord Birwins als ein Abweichen von der Indienpolitik der bisherigen Regierung betrachtet werden müsse. Der Minister für Indien Bann erklärte zunächst, daß die Simon-Kommission über den Inhalt der Erklärungen des Vizekönigs nicht befragt worden sei. Auf den zweiten Punkt der Frage Lloyd Georges übergehend erklärte der Minister, angelehnt der Zweifel über den Sinn der Erklärungen von 1917 sei der Vizekönig zur Feststellung ermächtigt worden, daß nach der Auffassung der Regierung die Erklärung von 1917 die verfassungsmäßige Entwicklung Indiens zu einem Dominion als Ziel im Auge gehabt hat. Die endgültigen Entscheidungen über eine grundsätzliche Änderung der britischen Indienpolitik oder eine zeitliche Beschleunigung der Reformen müssen zurückgelegt werden bis der Bericht der Kommission vorliegt sowie Besprechungen zwischen London und der Regierung von Indien sowie zwischen London und den Führern der indischen politischen Parteien stattgefunden hätten.

Im weiteren Verlauf der Debatte wandte sich der frühere Ministerpräsident Baldwin gegen die Behauptung der „Daily Mail“ über seine Zustimmung zu dem Projekt der Regierung und erklärte, daß die Darstellung der Zeitung inhaltlich und in allen ihren Schlußfolgerungen völlig aus der Luft gegriffen sei.

Kabinett Liaptschew erschüttert.

Offensive der Zankoff-Gruppe.

Sofia, 1. November. (Eigenbericht.)

Das Kabinett Liaptschew ist erschüttert. Die bisher ungeführten mazedonischen Titentate haben ihm innerhalb der Regierungsparteien das letzte Prestige genommen. Die Zankoff-Gruppe kündigt bereits eine offene Vitakze gegen die Regierung an, falls nicht sofort eine Umwidmung des Kabinetts erfolgen sollte. In diesem Zusammenhang wird der Rücktritt des Kommerzienpräsidenten Zankoff angekündigt.

Die Karolins dürfen nach Amerika. Das Staatsdepartement gab bekannt, daß auf Grund der erneuten Prüfung beschlossen worden sei, die 1925 ergangene Ablehnung der Einreiseerlaubnis für den Grafen und die Gräfin Karolins aufzuheben und den kürzlich von Paris aus gestellten Antrag auf Visumserteilung zu genehmigen.

Neuer Präsident der Reichsdisciplinarkammer. Der Reichspräsident hat an Stelle des Landgerichtsdirektors Dr. Westermeyer, der infolge Beendigung der Amtszeit ausgeschieden ist, den Landgerichtsdirektor Wajner vom Landgericht I Berlin zum Präsidenten der Reichsdisciplinarkammer in Potsdam ernannt.

Die Stokerower Arbeiter, die das Zusammenarbeiten mit Sozialisten einstimmig ablehnten, sollen heute gesperrt werden.

„Des Kaisers Soldaten.“

Schiller-Theater.

Ein Schauspiel von Hermann Essig, welches Hans Rehmann, Renate Müller, Beil Karion, Alexander Granach und andere Prominente beschäftigte. Die Regie Jürgen Fehlings und die Leistungen der Darsteller waren sehr gut, aber das Stück selbst vollkommen tot, ein Schreibtischstück ohne Blut und Leben. S. M.

Alfred S. Unger: Menschen wie du und ich.

Deutsches Volkstheater.

Ein vieraktiges Volksschauspiel, das die Leiden der armen und heimatlosen Leute zeigt, fand eine sehr freundliche Aufnahme. Der Dichter hat für sein Werk zwei große Preise erhalten, die zusammen die staatliche Summe von 15 000 Mark ausmachen. Trotzdem besitzt er nur das Talent eines Nachahmers, der alles schon Dagewesene vergrößert und überreizt. W. S.

Zum 17. November!

Rundgebung der Gemeindegewerkschafter.

Am Abend des 28. Oktober waren die Gemeinde- und Staatsarbeiter beim Rufe der S.D.-Fraktion innerhalb ihres Verbandes zu einer Rundgebung gefolgt für die Stadtverordnetenwahlen. Vor der überfüllten Versammlung im großen Saal der Kultur-Festhalle sprach der Genosse Stadtrat Czerninski über „Die Kommunalwahlen und die städtischen Arbeitnehmer“.

Der Redner schilderte die Entwicklung der Stadtgemeinde Berlin und gab einen allgemeinen Überblick über die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei in der Kommune.

Durch das verantwortungslose Verhalten der Kommunisten war es leider nicht möglich, die geringe Linksmehrheit in der Stadtverordnetenversammlung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung auszunutzen. Soweit Ausgaben zu beschließen waren, haben die Kommunisten unter Voraussetzung von unerfüllbaren Propagandaanträgen dennoch stets zugestimmt; aber dieselben Kommunisten lehnten stets die Deduktion für die Ausgaben ab.

Alle Bemühungen der Sozialdemokratie, den Etat mit den Stimmen der Kommunisten zu machen, erwiesen sich als völlig aussichtslos. Dennoch verhielten sich die Sozialdemokraten für die arbeitende Bevölkerung das Größtmögliche zu leisten.

Der Redner ging dann auf die einzelnen Tätigkeitsgebiete ein und behandelte besonders die Wohnungsfrage. Auf umfangreiches Material gestützt, wies er nach, daß bei einem jährlichen Zuwachs von rund 70-80 Tausend Personen auf der einen und bei der unge-

heuren Benachteiligung der Stadtgemeinde Berlin bei Rückzahlung aus dem Aufbringen aus der Hauszinssteuer auf der anderen Seite sowie der gleichen unbilligen Behandlung der Stadt Berlin in der Frage des Finanzausgleichs überhaupt; auf dem Gebiete des Wohnungswesens sind trotzdem große Leistungen vollbracht worden, die die anderer Städte weit in den Schatten stellen.

In nachdrücklichster Weise konnte er die Angriffe der Gegner von recht und links zurückweisen. In ebenso deutlicher Form deckte er die Gründe für die Angriffe auf die öffentliche Wirtschaft auf. Die in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Arbeitnehmer sind ganz besonders daran interessiert, in welcher Richtung die Kommunen verwaltet werden.

Die Sozialdemokratische Partei hat trotz der ständigen Angriffe von rechts und links bewiesen, daß sie allein als wirkliche Vertreterin der Interessen der Bevölkerung anzusprechen ist.

Der Referent schloß mit der Aufforderung an die Reichs-, Staats- und Gemeindegewerkschafter, am 17. November alle Stimmen für die Sozialdemokratische Partei abzugeben. Seine Ausführungen wurden von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen.

Nach Erledigung einiger Fraktionsangelegenheiten wurde die wichtige Rundgebung der Reichs-, Staats- und Gemeindegewerkschafter mit einem Hoch auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geschlossen.

An die Berliner Zimmerer!

Vorsicht bei Beitragszahlung. — Das Mitgliedsbuch behalten

Von der Gauleitung des Zentralverbandes der Zimmerer wird uns geschrieben: Zu den geizigen Mitteilungen über die Vorgänge im Bureau des Zimmererverbandes ist noch nachzutragen, daß Beiträge für den Zentralverband der Zimmerer nicht mehr an den bisherigen Jahresschreiber abzuführen sind.

Der bisherige Vorstand ist auf Beschluß des Vorstandes des Zentralverbandes der Zimmerer aus dem Verbandsausgusschuss und kann daher nicht mehr im Auftrage des Zentralverbandes der Zimmerer handeln.

Auch die bisherigen Bezirkskassen können Beiträge für den Zentralverband der Zimmerer nur entgegennehmen, wenn sie vom Zentralverband dazu beauftragt sind und die vom Zentralverband vom 1. November ab herausgegebenen neuen Marken in Besitz haben. Gegen Stempel und andere Quittungen sind Beiträge unter keinen Umständen zu zahlen. Die Namen der betreffenden Kameraden werden in nächster Zeit bekanntgegeben.

Das Bureau der Berliner Zahlstelle bleibt einige Tage geschlossen. Sobald die Neuregelung in der Zahlstelle Berlin erfolgt ist, wird es wieder geöffnet. Weitere Mitteilungen an die Mitglieder der Zahlstelle erfolgen, sobald der neue Zahlstellen-Vorstand, der zunächst vom Zentralverband einberufen wird, in Tätigkeit getreten ist.

Wir bitten die Mitglieder der Zahlstelle Berlin, uns in der Neuregelung zu unterstützen, damit die Umstellung möglichst schnell erfolgt.

Für die Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer gelten die Satzungen und Beschlüsse der Generalversammlungen und die entsprechenden Maßnahmen des Verbandsvorstandes, nicht aber die Parolen der K.P.D.

Ein organisiertes Zimmerer darf sein Mitgliedsbuch aus der Hand geben, wenn er sich vor Schädigungen schützen will. Und kein organisiertes Bauarbeiter darf sich in die notwendige Auseinandersetzung zwischen der Leitung des Zimmererverbandes und der kommunistischen „Opposition“ einmischen, wie es die K.P.D. befehlt.

Bei den Schuhmachern.

In der letzten Funktionärerversammlung der Berliner Schuhmacher stellte am Schluß der Sitzung ein Funktionär die Frage, wie sich die Zahlstelle zu der Entsendung von Delegierten zum Antikarrierkongress der Kommunisten verhalten will. Er verlangte Stellungnahme gegen die Entsendung des Zentralvorstandes, doch alle, die sich daran beteiligen würden, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Seine Frage wurde von der Mehrheit der Funktionäre und der Leitung überhört, die sich offenbar scheuten, das heiße Eisen anzufassen. Der Betriebsratsvorsitzende von Leiser erklärte jedoch, daß er in dieser Frage handelt, wie er will und sich nichts verbieten läßt. Dann muß er auch mit den Konsequenzen rechnen.

Am übrigen zeigte sich, daß die Mehrheit der Funktionäre die neuen Spaltungsmassnahmen der kommunistischen Zentrale ablehnt.

Aus Carl Heymanns Verlag.

Ueble Gewohnheiten des Herrn Personalschefs.

Der durch Herausgabe von sozialpolitischen und fürsorgereichen Büchern und durch seine Zusammenarbeit mit vielen Reichs- und Landesbehörden bekannte Verlag, dessen Inhaberin eine Frau General Gallus ist, legt anscheinend Wert darauf, nachzuweisen, daß der Inhalt der von ihm verlegten Verlagwerke sozialpolitischer Natur nicht im Einklang zu stehen braucht mit der Art und Weise, wie kein Personalschef, Herr Gallus jr., die Angestellten, etwa 100 an der Zahl, behandelt. Diesem Herrn genügt es nicht, mit allen Mitteln und Kniffen den Angestellten die Durchsetzung ihrer tariflichen und sonstigen Rechte zu erschweren, sondern er bemüht sich, mit den unqualifiziertesten Methoden die Angestellten einzeln gegeneinander auszuspielen und sie von der Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßigen Rechte bezüglich ihrer Koalitionsfreiheit abzuhalten. Hierfür nur einige Beispiele:

Der Angestelltenrat verhandelt wegen einiger Tarifforderungen für einige Angestellte. Herr Gallus jr. erklärt dann zum Beispiel dem Angestelltenrat, die betreffenden tariflichen Ansprüche seien rechtlich bemilligt worden, und läßt sich sofort vom Angestelltenrat ein Schreiben an die Gewerkschaft unterzeichnen, indem dieser mitgeteilt wird, daß nun keine Tarifforderungen mehr vorhanden seien.

Bei der Gehaltszahlung stellt es sich dann heraus, daß Herr Gallus jr. gar nicht daran denkt und offenbar gar nicht daran gedacht hat, die tariflichen Ansprüche wirklich zu genehmigen. Er scheut sich also nicht, sich des Mittels der Erschleichung zu bedienen.

Ein anderes Beispiel: Herr Gallus jr. läßt einen Angestellten zu sich kommen. Er hält in seinen Händen ein Schreiben mit dem Kopf des JdM. Er legt zu dem Angestellten: „Also hier schreibt mir der JdM., daß Sie bei ihm gewesen sind und ihm dies und das

berichtet haben.“ Dabei handelt es sich um einen Angestellten, der noch nicht einmal Mitglied des JdM. ist, geschweige denn daß er jemals eine Rücksprache im JdM.-Bureau nachgeschickt hätte. Mit dieser Methode, die jeder anständige Untersuchungsrichter heute für unwürdig erachtet würde, versucht dieser „Personalschef“ seine Angestellten auszuhäuten.

In der letzten Zeit bemüht Herr Gallus jr. den Trick, daß er den Angestellten ein, aus dem JdM. auszutreten, denn er habe bereits seinen Austrittserklärungen. Also auch in diesem Falle scheut sich Herr Gallus jr. nicht, mit absolut unwahren Behauptungen in einer an Nötigung grenzenden Form die Angestellten in ihrer Koalitionsfreiheit zu hindern.

Wir möchten hoffen, daß Frau Gallus endlich die Zeit finden wird, sich ernstlich mit der Frage zu beschäftigen, ob Herr Gallus jr. als „Personalschef“ wirklich geeignet ist, andernfalls möchten die Angestellten die nötigen Maßnahmen ergreifen, um sich vor solch einem „Personalschef“ zu schützen.

Der Konflikt im Einzelhandel.

Kommt eine Verständigung?

Wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt wurde, haben die Handelsarbeiter im Berliner Einzelhandel den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte einmal wegen der zu geringen Lohnerhöhung von ein bzw. zwei Mark die Woche, zum anderen aber auch wegen der zu langen Geltungsdauer des Lohnabkommens. Der Schiedspruch sah für den Lohnstarif eine Geltungsdauer vom 19. November 1929 bis zum 3. Oktober 1930 vor.

Die Unternehmer haben den Schiedspruch gleichfalls abgelehnt, jedoch aus Gründen, die denen der Arbeiter diametral entgegengesetzt sind. Sie behaupten, daß die in dem Schiedspruch vorgesehene Lohnerhöhung für sie „untragbar“ und auch die Dauer des Abkommens viel zu kurz bemessen sei!

Der Verkehrsverband hat sich inzwischen mit einigen Einzelhandelsfirmen in Verbindung gesetzt, um betriebliche Regelungen herbeizuführen. So sind z. B. mit der Firma Karstadt Verhandlungen angebahnt worden. Es besteht die Aussicht, mit dieser Firma zu einer Verständigung zu kommen. Der Arbeitgeberverband im Groß-Berliner Einzelhandel hat den Verkehrsverband nunmehr nochmals zu einer Aussprache geladen, die am 4. November stattfindet. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob es in den nächsten Wochen zu einem offenen Kampf im Berliner Einzelhandel kommt.

Die Brückenbauer am Rhein.

Von denen nicht die Rede ist.

Köln und Düsseldorf, die zwei Rivalenstädte am Rhein, erhielten vor zwei Wochen je eine neue Rheinbrücke. Minister und Oberbürgermeister übergaben diese Brücken feierlich dem Verkehr; und das Publikum verkehrte nun hinüber und herüber, anfangs aus Sensation, dann aus Verkehrsbedürfnis.

Doch hat man der Brückenbauer am Rhein gedacht, die mit der Arbeit ihres Kopfes und ihrer Hände diese Bauwerke schufen? Es wurde zwar bekannt, daß diese und jene Firma die Bauarbeiten unter der Leitung dieser oder jener Verwaltungsstelle ausführte. Aber die eigentlichen Männer der Technik, die Ingenieure und Techniker, die in langer jährlicher Arbeit die Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten leisteten und die Ausführungsarbeiten leiteten, blieben ungenannt.

Dem Publikum blieb es unbekannt, daß ein Stab von Ingenieuren sein technisch-organisatorisches Können den Firmen zur Verfügung stellte, damit diese Privatunternehmungen ihre Aufträge ausführen konnten. In den technischen Büros der Bau- und Eisenkonstruktionsfirmen wurden die Brückenbauprojekte entworfen und voralkuliert; es wurden eiserne Brückenpfeiler durchkonstruiert und die dazugehörigen Bauorgänge festgelegt. Pfeilergründungen wurden ausgegredet, die unter Wasser und viele Meter unter der Stromsohle ihre Basis finden usw., und bei der Projektierung und Ausführung aller dieser Bauorgänge lag das Bestreben vor, möglichst einfach und billig zu bauen und den „Wasser Rhein“ mit seiner Stromschiffahrt nicht zu schädigen.

Noch unbekannter blieb es der Öffentlichkeit, daß die Brückenbauer am Rhein ein Berufsleben führen, das dem der Lohnarbeiter nahekommt. Sie arbeiten nämlich als technische Angestellte in den Privatfirmen gegen niedrige Gehälter und unter entwürdigenden Arbeitsbedingungen.

Um nun ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern, haben sich bereits 65000 technische Angestellte und Beamte zu einer Berufsgewerkschaft, dem Bund der technischen Angestellten und Beamten, zusammengeschlossen. Diese Berufsorganisation versucht, durch die Zusammenfassung der einzelnen zu einem machtvollen Ganzen den Technikern den Einfluß im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben zu erringen, der ihnen nach ihrer Bildung, ihren Leistungen und ihren Verdiensten für die Volksgemeinschaft zukommt. Die Brückenbauer am Rhein erinnern daran, daß ihre Kollektivwerke der Technik „Dienst am Volke“ sind.

Tariffähig gewordene Zeitungsverleger.

Der Angestelltenrat gesprengt.

Ein Angestelltenverband stand seit dem Jahre 1919 mit dem Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe, Ortsgruppe Frankfurt a. M. im Tarifverhältnis. „Frankfurter Zeitung“ und „Generalanzeiger“ waren die Mitglieder dieser „Ortsgruppe“.

Der letzte Tarifvertrag vom 1. Juli 1928 durch Schiedspruch, sah eine Gehaltserhöhung von 8 Proz. vor. Die Verleger lehnten den Schiedspruch ab, da er sich gegen einen nicht existierenden Verband richtete. Einen Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe, Ortsgruppe Frankfurt a. M. habe es nie gegeben. In Wirklichkeit hat ein solcher Verband, als dessen Vorsitzender Dr. Kurt Simon zeichnete, seit zehn Jahren mit verschiedenen Arbeitnehmerverbänden Tarifverträge abgeschlossen.

Der Schiedspruch wurde am 14. August 1928 für verbindlich erklärt. Die Verleger bestritten die Existenz eines Verbandes und damit die Gültigkeit des Tarifvertrags. Der Angestelltenverband klagte beim Arbeitsgericht, das die Verleger kostenpflichtig verurteilte.

Der Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe legte beim Landesarbeitsgericht Berufung für seine Mitglieder in Frankfurt a. M. ein. Der Tarifvertrag und der Schiedspruch sei für die „Ortsgruppe“ nur bis zum 13. Oktober 1928 rechtsverbindlich gewesen, da die Ortsgruppe Frankfurt a. M. sich an diesem Tage aufgelöst habe. Das Landesarbeitsgericht gab in seiner Verhandlung am 17. Dezember 1928 der Berufung statt.

Die Kläger erhoben Revision beim Reichsarbeitsgericht. Der Arbeitgeberverband existiere auch jetzt noch und habe nur eine Schlichtung vorgenommen, um sich tarifunfähig zu machen. Das Reichsarbeitsgericht schloß sich der Entscheidung des Landesarbeitsgerichts an, wies die Revision ab und legte beiden Parteien je die Hälfte der Kosten auf.

Bei einheitlicher geschlossener Organisation der Angestellten wäre ein derartiges Tarifunfähigkeitsmandat wie es die beiden großen Frankfurter Verlage durchsetzten, wirkungslos. Man könnte sie trotzdem dahin bringen, anständige tarifliche Arbeitsbedingungen zu vereinbaren.

Die Fronde der englischen Zechenherren.

Sie bekämpft die Regierungspläne.

London, 1. November. (Eigenbericht.)

Der Präsident des Handelsamtes, Graham, hatte am Freitag mehrere Besprechungen mit den Zechenbesitzern, deren Haltung in den letzten Tagen immer deutlichere Zeichen der Feindseligkeit gegen die Pläne der Regierung erkennen ließ.

Die Unternehmer haben sich bisher in der Frage der Arbeitszeiterkürzung unter Aufrechterhaltung des bisherigen Lohnstandards unerbitlich gezeigt und insbesondere die von der Regierung gestützte Forderung der Bergarbeiter nach Rückkehr zu einem Reichsmanteltarif für den britischen Bergbau verworfen. Die Schwierigkeiten sind dadurch besonders verschärft, daß die striktoisen Kollektivverträge zum größten Teil Ende des Jahres ablaufen.

Die Regierung hat nunmehr eine gemeinsame Besprechung der Bergbauunternehmer und Bergarbeiter für die kommende Woche einberufen. Trotz der starken Bedenken gegen die Vorschläge der Regierung dürfte die Erhaltung des Bergarbeiterverbandes nichts unverzagt lassen, um der Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Zum deutsch-französischen Arbeiterabkommen.

Aus einem Rundschreiben des preussischen Ministers des Innern teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit:

Anträge deutscher Arbeitnehmer, die im Rahmen der Vereinbarung zum Zwecke der beruflichen und sprachlichen Fortbildung zur Beschäftigung in Frankreich zugelassen werden wollen, sind an die zuständige deutsche Zulassungsstelle zu richten (für Hotel- und Gastwirtsangestellte: Fachabteilung für das Hotel- und Gastwirtsangewerbe beim Landesarbeitsamt Südwestdeutschland, Zulassungsstelle im Verkehr mit Frankreich in Baden-Baden, Arbeitsamt), für alle übrigen Berufe: Arbeitsamt Köln, Zulassungsstelle im Verkehr mit Frankreich, Köln, Badstraße 8/10.

Schiedspruch für Rauch- und Schnupftabakindustrie.

Der Versuch, in der Rauch- und Schnupftabakindustrie zwischen den Tarifunternehmern eine Einigung herbeizuführen, ist an der Haltung der Unternehmer gescheitert. Es blieb deshalb bei den im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen nichts anderes übrig, als einen Schiedspruch fällen zu lassen. Dieser Spruch sieht folgende Regelung vor: An Stelle der bisherigen Ferienzeit von acht Arbeitstagen treten neun Arbeitstage. Die im Reichsarbeitsvertrag vorgesehenen Mindestlöhne sollen ab 1. November um 4 Proz. und im nächsten Jahr ab 1. November um weitere 4 Proz. erhöht werden.

Die Tabakarbeiterverbände haben beschlossen, dem Schiedspruch, der die Abbaupläne der Unternehmer ignoriert, zuzustimmen. Ueber die Stellungnahme der Unternehmer ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden. Die Erklärungsfrist läuft am 6. November ab.

Propagandabewegung der Seeleute.

Tagung der Seeleute-Sektion der I.T.Z.

Sofort nachdem die Internationale Arbeitskonferenz beschlossen hatte, das Internationale Arbeitsamt anzumachen, an die Regierungen einen Fragebogen auszusenden, worin diese um ihre Meinungen über die Einführung des Achtstundentages und der 48-Stunden-Woche für Seeleute gefragt werden, wurde eine besondere Sitzung der Vertreter der Organisationen abgehalten, welche der Seeleute-Sektion der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angehöhen.

Die Tagung, der auch zwei Delegierte der Internationale der Schiffsoffiziere beizuhören, gab ihrer Befriedigung über die durch eine gemeinsame Zusammenarbeit der I.T.Z. und der Internationale der Seeleute erzielten Resultate Ausdruck und besprach Maßnahmen zur Einleitung einer starken Propagandabewegung.

Beschieden wurde, daß die beiden Internationalen über die ganze Welt eine rasige Kampagne führen und auf ihre Regierungen einen Einfluß ausüben sollen, um sie zu veranlassen, die von den beiden Internationalen aufgestellten Forderungen zu unterstützen; ferner, daß die der I.T.Z. angehörenden Verbände bei ihren Bestrebungen sich gegenseitige Unterstützung verbürgen sollen.

Die Konferenz fordert alle Seefahrer auf, den für sie zuständigen Organisationen beizutreten und an dem internationalen Kampfe für die Einführung des Achtstundentages und der 48-Stunden-Woche teilzunehmen.

Beantwortet Dr. Volkelt, Dr. Carl Geper, Wirtschaftl. G. Mitglieder; Gewerkschaftsbewegung: J. Cleiner, Reutlingen; A. S. Döcker, Solingen und Senator; Erik Kersch, Aachen; H. Gasse, sämtlich in Berlin; Berlin: Hermann-Berlin G. m. H. S. Berlin; Druck: Hermann-Berlin; und Verlagsanstalt Carl Geper u. Co., Berlin G. M., Lindenstraße 2.

Dieser 1. Beilage aus „Unterhaltung und Wissen“.

Tropenpracht in Potsdam.



Draußen im Bort von Sanssouci liegt der Herbst. Blütrat leuchtet der wilde Wein, buntfarbt sind die Blätter der Bäume, vom zartesten Gelb bis zum kräftigsten Orange; nur noch ein kurzes Dasein fristen sie, dann werden auch sie sich dem dicken, gelbbraun durchwirkten Laubsteppich einordnen, durch den man schreitet. Herbststimmung, langsame Todesahnung in der Natur.

Und mitten hinein in diese schwermütig-schöne Herbststimmung — wie ein fröhlicher Akkord in eine leidvolle Melodie — lacht üppigstes farberfrohes Blüten, hochsommerliche Reife, Wärme, Leben. Unterhalb der Orangerie liegen die Gewächshäuser der Parkverwaltung, die kurz vor dem Kriege erbaut und jetzt wieder zu neuem Leben erweckt wurden. Unter den Glasdächern grüht die üppige Pracht des tropischen Urwaldes. Durch einen dichtbewachsenen Laubgang von prächtigen Farnen, hochaufragenden Palmen und Gummibaumen geht es zu den einzelnen Gewächshäusern. Zuerst zu den Orchideen, diesen heftlich-garten, fremdartig-schönen Pflanzenkindern, die hier in der feuchtwarmen Heimatlust ein süßverträumtes Dasein führen. Die ganze stillernde, unheimliche Schönheit des Urwaldes offenbart sich hier dem Besucher; die kaffenden, blütrat gefärbten Blütenkelche, die wie glitzernde Schilde nach Seite gieren und neben ihnen im traffen Gegensatz Blüten, die in ihrer überirdischen Zartheit an Form und Farbe unwirklich schön, märchenhaft erscheinen. Da ist die üppig-schöne Cattleya Folia, Cattleya Wendlandiana, Gigas und wie ihre verschiedenen Spiel-

arten heißen mögen, die schönste unter ihnen ist die prächtige Brasso-Cattleya, mit ihren großen, lilafarbenen Blüten. Schön ist das reine Gelb des Oncidium varicos, die eigenartigen Farbentöne der Cypripedien. Sie alle samt scharen sich um ihre Königin, das blaue Wunder des Tropenwaldes, die Vanda coerulea, die auch hier in der Fremde einen Ehrenplatz erhalten hat. Eine große Traube hellblauer, zartpapillierender Blütenkelche ruht auf einem langen, zartgeschwungenen Stengel und sonnt sich. Die Vanda coerulea ist das Sonnenkind des Urwaldes, sie gedeiht, gleich ihren Artgenossen, auf seinem höchsten Blütendach und wirkt in ihrer wundervollen Zartheit ganz eigenartig schön.

Nun führt unser Weg zurück in die rauhe Wirklichkeit der heimlich-kälteren Zone. Zwei große, gut durchlüftete Gewächshäuser — die Temperatur darf hier kaum 10 Grad Wärme erreichen — bilden einen Riesenhain prachtvoller Chrysanthem. Leppigvolle Blütenköpfe von ungeahnter Farbenpracht neigen sich unter der Schwere ihrer Last. Von der schneeweißen Ondina über die zartrosa getönte wundervolle Mona Davis zur rötlichen Edith Cavell, über die glühendrote George Monro jr. zur kupferfarbenen Red Cavell sind alle Farben in Pastell- und leuchtenden Tönen vertreten. Und was in den Tropen das blaue Wunder der Vanda coerulea, das ist bei uns im kalten Norden die Chrysantheme: die Königin des Spätsommers. Diese selten schönen Zuchtprodukte haben auch ein verhältnismäßig langes Leben, sie sollen noch einige Wochen die Besucher erfreuen. Die Meister der Liebhaber-Gartenkultur und mit die Züchter der schönsten Chrysanthemensorten sind bekanntlich die Japaner, die, mit der Natur und ihrem Blüten gleichsam verwohnen, seit Jahrtausenden mit einer wahrhaft kultischen Liebe ihren Garten besellen. So erzählte Gartendirektor Krache unter anderem, daß das ganze japanische Volk eine tiefe Liebe zu den Blumen zeigt und daß jeder einer seltenen Blume wegen, die nach Ansicht des Gärtners zu einer ganz frühen Morgenstunde sich erschließen soll, gern seine Nachtruhe opfert; auch gibt es dort Menschen, die ungezählte Kilometer wandern, um eine neue Blütenart oder irgendeine seltene Züchtung zu sehen. — Nachbarn der schönen Chrysanthemensorten sind die Cyclamen, ein Blütenhain in lachrosa und rotlila, der sich auch über zwei Gewächshäuser erstreckt.

Neben den vielen Palmen und Farnen wirken noch be-

sonders schön die buntauflügeligen Corydinen, Drazänen, Dieffenbachien usw. Der Pflanzenfreund, der sich nicht nur an Blüten, sondern auch am Blätterwerk erfreut, findet hier allerlei Interessantes.

Hier sind es vor allem, aber, besser gesagt, immer wieder die eigenartig-schönen Kakteen und Aloen in ihren bizarren Formen. Eine bunte, schier unübersehbare Fülle pflanzlicher Eigenarten, eine überreiche, vornehmlich phantastische in der Natur.

Schließlich gehts hinaus aus dem Paradies tropischen Gedeihens, in den kahlsten, norddeutschen Herbst, wo die Natur langsam zum Winterschlaf rüstet.

Lohngeldraub in Altona.

Der Täter entkommen.

Misna, 1. November.

Ein dreifacher Raubüberfall wurde heute vormittag in der Kruppstraße ausgeführt. Ein Autorbatte der Tapetenfabrik Hansa A.-G. hatte 10 500 Mark Lohngehalt von der Bank geholt, er wurde auf dem Rückweg von einem Mann niedergeschlagen, der ihm die Aktentasche mit dem Geld entriß und in einem bereitstehenden Auto davonfuhr. Das Auto ist wahrscheinlich in Hamburg gestohlen worden. Es trug die Nummer H H 3070.

Anschlag auf einen D-Zug.

Die Täter noch nicht ermittelt.

Braunschweig, 1. November.

Auf der Strecke Magdeburg—Braunschweig ist ein Eisenbahnunfall eingetreten. Am 31. Oktober wurden an der Ueberführungsbrücke der Braunschweig-Schöninger Eisenbahn am Kilometer 7,6 der Strecke Magdeburg—Braunschweig Abdeckbohlen über die Gleise geworfen, die vom D-Zug 40 erfasst und zur Seite geschleudert worden sind. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden. Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei nahmen die Ermittlungen auf. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Erdbeben in Südosteuropa.

Bukarest, 1. November. (Eigenbericht)

In Rumänien wurde am Freitagvormittag ein schweres Erdbeben verspürt. In der Provinz stürzten zahlreiche alte Häuser ein. In Bukarest wurde eine alte Frau beim Verlassen der Kirche von einem herabstürzenden Turmstumpf erschlagen. Im Bukarester Observatorium sind fünfliche Seismographen beschädigt worden. Das Erdbeben hatte eine Heftigkeit von 8 Grad. Bukarest wäre heute nur noch ein Trümmerhaufen, wenn das Beben 9 Grad erreicht hätte.

Innerhalb der Bevölkerung wurde eine starke Panik hervorgerufen. In Bukarest brachen zahlreiche Frauen auf den Straßen ohnmächtig zusammen.

Sofia, 1. November. (Eigenbericht)

Am Freitagvormittag um 9 Uhr wurden in Bulgarien drei starke vertikale Erdstöße verspürt. Der Erdbeberst liegt im Kreise Burgas, wo zahlreiche Häuser große Risse erhielten und Schornsteine einstürzten.

Neuer Versuchsflug des „R 101“.

Das englische Luftschiff „R 101“ ist am Freitag um 9,40 Uhr zu einem dritten Versuchsflug aufgestiegen. Der Zweck des Fluges, der je nach den Witterungsverhältnissen 7 bis 8 Stunden dauern wird, gilt einer Erprobung der Maschinen bei Höchstgeschwindigkeit.

Johann Komáromi:
19) **Ahe, Kosaken!**
Aus dem Ungarischen
von Alexander von Sachse-Maroch
Copyright by Buchergilde Gutenberg, Berlin.

Da nun von übernatürlichen Dingen die Rede war, entfernnten sich auch die Kosaken immer mehr vom wirklichen Leben. Und wie es näher auf Mitternacht zugin, schweiften sie immer mehr auf unbekannte Gegenden ab, an die die Menschen glauben, besonders wenn sie arm sind. Sie erschauern vor der großen Fremde, aber sie hoffen, daß sich drüben alles zum Besseren kehren werde, und dieser Glaube erfüllt sie mit Frieden. Die Kosaken wußten leitende Fälle über gestorbene Geometer, die in Gestalt von tanzenden Flammen über den Sümpfen des Medvec ihr Wesen trieben, weil sie vor hundert Jahren bei der großen Erdvermessung das Volk zugunsten der Herren betrogen hatten, nun hatte sie das arme Volk versucht und seither irren ihre Seelen über den wespösen Tiefen der Sümpfe und locken einsame nächtliche Wanderer mit ihren Lampen in fürchterliche Abgründe, während sie scherzend immer wieder rufen: Komm . . . Komm . . .

Erschrocken lautete ich unter der Decke und das Gruseln lief mir über den Rücken. Der Qualm war dick, die Kosaken tranken. Noch längerem Schweigen begann Andreas Viktor: Ich habe mich einmal mit so nem Geometer geohrfeigt, daß sie der Teufel reite. . .

Die Kosaken lachten, rauchend, mit gesenkten Köpfen, Andreas Viktor fuhr fort:

„Das war so, daß ich vor etwa fünfzehn Jahren aus dem Walde von Abara eine Fuhrte Holz führte. Es war ein regnerischer Herbst, ich wurde von der Dunkelheit überrascht. Wir überquerten noch beizeiten die Aatorco-Brücke, aber am diesseitigen Ufer war es schon so finster, wie in einem Sod. Mein Knecht war mit mir und ich sagte zu ihm: Gehen wir nur tapfer los. Nun, wir gingen auch los, aber es war schon so spät, daß man kaum mehr den Hintern der Pferde sehen konnte. Wie wir in das Köhricht der Medvec hineingerieten, schlingerte der Weg und der Rot reichte bis an unsere Knie. Da lebe ich, daß die Geometer links sowohl als rechts mit ihren Lampen herumhüpften. Einmal laufen sie bis hinüber zur Grenze von Rezspest, dann wieder leuchten sie gerade vor

der Nase der Pferde. Ich gab nicht viel auf sie, obgleich sie mich immerfort lockten, aber da fliegt plötzlich die Achsenspelle heraus, das eine Hinterrad fällt ab und der Wagen senkt sich nach dem Hinterteil. Na, ich fluchte nicht schlecht, was wir jetzt in dieser Finsternis beginnen sollten. Wie ich nun absteige und im Dreck stehend mich hinter den Ohren kraute, mich fragend, wo die verdammte Spelle wohl zu finden wäre, da sprang der eine Geometer gerade vor die Pferde und rief immerfort: Komm . . . Komm . . . In meinem großen Aerger rief ich ihm zu: Ich gehe schon, du Gaunerseel, vorerst aber leuchte hierher, denn ich sehe das Rad nicht. Und auf einmal springt eine der Lampen zum Wagenende, aber ich konnte vor ihrem Glanze den Geometer nicht sehen. Nachdem wir das Rad aus dem Kot gezogen und auch die Spelle zum Vorschein kam, hebe ich unter großem Schwitzen den Hinterteil des Wagens und der Knecht plagt sich mit der Spelle ab. Ich ächze nur so wie ein Hund unter dem Gewicht und der Geometer rief nur in einem fort: Komm . . . Komm . . . Ich wurde wütend, da er mich nicht in Ruhe ließ und rief: Hebe dich fort, sonst tret ich dir gleich vor den Sighnoseln. . . Da gab er mir im gleichen Moment eine Ohrfeige, daß ich unter den Wagen fiel. Ich raffe mich auf, von oben bis unten latig, um das Schwein in den Bauch zu treten, aber da tanzte er mit seiner Lampe schon über die Wiesen von Kosk. . . So war es.“

Die Kosaken schwiegen und sahen mit zusammengekniffenen Augen vor sich hin oder auf den rot glimmenden Docht der Lampe. Aber da regte sich auf der Ofenbank Josef Paczal und nahm die Pfeife, die keinen Stiel hatte, aus dem Mund:

„Auch ich begegnete einmal einem Gespenst. Ich komme da nachts von Imreg heim, der Mond leuchtete schön. Wie ich gerade zwischen Rezspest und Abara bin, gerät mir auf der Wiese eine Kuh in den Weg, eine Kuh sage ich euch! Ihr Kopf war in Rezspest und ihr Hinterteil reichte bis Abara. Wie lang sie war, meint ihr? Eineinhalb Kilometer. . . Was rebe ich da! Mindestens drei!“

Josef Paczal schluckte einmal und lehnte seinen Rücken an den Kamin. Die Kosaken betrachteten ihn seltsam. Es entstand eine Pause. Das Gesicht des Oberkosaken, der auch jetzt am Ehrenplatz saß, lief feuerrot an und er hieb auf den Tisch: „Du lägst, du lägst, gottloser Halunte! Aber du wirst dein Lebtag so ein Schmutzstück bleiben!“

Josef Paczal lehnte sich mit übergeschlagenen Beinen an den Kamin und begann leise zu wiehern.

An den Samstagabenden sahen die Kosaken beisammen, aber am ersten Morgen der Woche verschwanden sie wieder

aus dem Dorf. Georg Bajda hatten wir seit langem nicht mehr gesehen und auch mein Vater war verschollen.

Der Oberkosak hielt sich größtenteils daheim auf, aber auch er verschwand von Zeit zu Zeit. Oft sahen wir ihn toge-lang nicht, dann zeigte er sich wieder. Ein-, zweimal behielt er auch Josef Paczal zum Essen bei sich. Der Alte ah dann am Kopfende des Tisches, zumeist weichgekochte Pilze, der abgeriffene Barfühler hingegen löffelte auf der Ofenbank den Bohnenbrei. Nach dem Essen streichelte er sich den Bauch: „Na, jetzt bin ich voll wie eine Trommel.“

Dann verschwanden beide.

Inzwischen wurde es Frühling und das Dorf war tagüber leer wie ein Friedhof. Alles war auf den Federn beschäftigt, nur die ganz kleinen Kinder spielten im Staub, und in den Vorhäusern sahen ganz alte, verrungelte Weibchen und beaufsichtigten die Kleinen. Ueber den zwei Kirchtürmen freisten den ganzen Tag Störche und die ganze Gegend blühte auf. Mein Großvater begleitete manchmal Brugos auf seinem Gang, oder er hielt sich in der Ecke des Wirtschaftshofes auf, wo seine Gefellen die Arbeit bereits begonnen hatten. Manchmal stieg auch er aufs Dach hinauf mit der Art in der Hand, schnitzte an den Balken herum oder nahm Maß mit dem Zollstock, und die Zimmerleute lauschten seinen ersten Anweisungen sehr aufmerksam. Ich sah ihnen stundenlang zu, wie sie oben mit leisem Gesang arbeiteten. Mein Onkel war ihr Vorarbeiter.

Am liebsten jedoch spielte ich mit Bondi im gräßlichen Garten. Nach der Schule spielten wir auf den viel gemundenen Wegen barfuß das Pferdchenpiel, sprangen über den schwach grünen Rasen oder spielten hinter dem Glashaus und über den alten Kellergewölben in den Winkeln des Fichtengehölzes Verstecken. Das waren zerfallene Keller, aber Andreas Viktor wußte von ihnen, daß jenseits der zerbröckelten Kellermünder, fünfzig Schritte weiter drinnen, zweihundertjährige Weine reifen in ihrer eigenen Haut. Der arme Katozi hatte sie hier vergessen, als er vor den Desterreichern gegen Polen stah oder vielleicht der König Mathias. Er wußte es selbst nicht mehr genau. Aber es war Tatsache, daß in der unterirdischen Feuchtigkeit die Dauben vom Weine heruntergefaült waren und der Wein selbst im Laufe der vielen Jahre sich zu Mus verdichtet hatte, so daß man ihn nur mehr mit dem Löffel zerteilen konnte. Andreas Viktor hatte in ganz jungen Jahren auch mal drei Löffel von einem Weine gekostet und war davon eineinhalb Wochen hindurch betrunken gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Nicht immer nützt ein Talisman.

Der Einbrecher mit dem Hufeisen.

Seit dem Februar 1928 wurde von der Dienststelle B. 5 der Kriminalpolizei ein 31 Jahre alter Ewald Richter wegen Konfessions- und Falscheinbruches gesucht. Es wollte nicht gelingen, seinen Unterschlupf ausfindig zu machen. Richter hatte früher mit der Kolonne Ostermann „gearbeitet“, schloß sich aber später an den bekannten Kolonnenführer Rißler an. Die Beteiligung an mindestens drei großen Einbrüchen steht bei Richter fest.

Vorgestern waren Kriminalbeamte wieder vergeblich auf der Suche nach ihm gewesen und kehrten mit der Straßenbahn in das Polizeipräsidium zurück. Zu ihrem Erschrecken sahen sie plötzlich unter den Fahrgästen Richter sitzen, der bei dem Anblick ebenfalls überrascht war. Schnell verließ er, durch den Vorderausgang des Wagens zu entweichen und sprang in voller Fahrt ab, die Beamten aber folgten ihm und faßten ihn doch. Richter ist, wie viele Einbrecher, ziemlich abergläubisch. Er trägt stets ein zerbrochenes Hufeisen in der Tasche und hat wiederholt behauptet, das sei sein Talisman, der ihn vor der Polizei beschütze. Jetzt hat auch dieser versagt. Bei dem Festgenommenen fand man einen Satz Dietrichs, die für Kunstschlosser mit bis zu 10 Zubehörungen angefertigt waren, ein Beweis, daß auch gute Sicherungen bewältigt werden können. Richter hat unter dem Namen „Ellermann“ häufig den Zwischenhändler mit den Helfern gespielt. Nach einem großen Belohnungsbezug setzte er sich unter diesem Namen mit dem Bestohlenen in Verbindung und versprach die Waren wieder herbeizuschaffen gegen eine Vergütung von 4000 M. Das Geschäft kam aber nicht zustande, weil das Angebot dem Geschäftsmann doch verdächtig erschien.

Richter wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt und nach Roabit gebracht. Seinen Talisman hat man ihm freundlicherweise mitgegeben.

Pleite über Pleite.

Zusammenbruch der Freidenkeropposition.

Vor kurzem noch verkündete die „Rote Fahne“, daß die kommunistische Opposition nun endlich mit den Reformisten Schluß machen wolle. Die Spaltung sei zur Tatsache geworden. Der neue kommunistische Freidenkerladen führe den Namen: „Verband proletarischer Freidenker mit Feuerbestattung“. Wenn der Vorstand des Verbandes für Freidenkerei und Feuerbestattung etwa auf Grund der Spaltungsparole die Mitgliedsbücher einzeln lasse, gäbe es für jeden Kommunisten nur eine Parole: „Kein Mitgliedsbuch den sozialdemokratischen Hauskassierern, kein weiteres Verbleiben mehr in diesem sozialdemokratischen Verbande.“ So war es noch am 15. Oktober und nun ist es ganz plötzlich zu einem geradezu katastrophalen Parolenwechsel gekommen. Die neueste Parole lautet: „Selbstverständlich muß jeder Kommunist im Verband bleiben, er muß auch sojaglam sein Mitgliedsbuch den sozialdemokratischen Hauskassierern ausliefern und soll es sogar abgeben, auch wenn er keine Quittung erhält“, so steht die „Rote Fahne“. Unter allen Umständen muß die Trennung vom Verbande, die noch vor 14 Tagen höchstes Portiergebot war, vermieden werden.

Und der neue Verband? Mit dem verhält es sich so: Auf dem Wedding und in Weihenau soll die Spaltung weiter gehen, doch sie darf nicht auf die anderen Stadtteile übergreifen. Hoffungslos steht man dieser kommunistischen Führerweisheit gegenüber. Es ergibt sich nämlich jetzt für einen wahren KPD-Freidenker das Folgende: Wohin er in Weihenau, muß er für die Spaltung des Freidenkerverbandes kämpfen, verzichtet er aber nach einem anderen Stadtteil, muß er die Spaltung bekämpfen. Wenn das nicht klar und logisch erscheint, der ist eben kein richtiger Kommunist. Der Parolenwechsel findet aber keine Erklärung in der fürchterlichen Niederlage, die die KPD, in ihren bisher besten Bezirken gleich bei den ersten Spaltungsversuchen erlitten hat. Die Lust zur Fortsetzung ist ihr dabei gründlich vergangen.

Und weil ein Malheur selten allein kommt, hat sie gleichzeitig noch einen viel verhängnisvolleren Reinsfall zu beklagen. Sie hat im vorigen Jahre mit großem Lärm die Gültigkeit der letzten Verbandsgeneralversammlung auf dem Brochweg angefochten. Das Kammergericht hat jedoch ihre Klage abgewiesen und nunmehr ist auch von ihnen selbst die beim Reichsgericht eingeleitete Revision zurückgezogen worden. Sie hätten ja gern noch ein bißchen weiter prozessiert, aber sie sollten jetzt die erforderlichen Kosten vorstrecken selbst einzahlen und da war es plötzlich mit dem Zutreten zu ihrer prozessualen Position nicht weit her. Sondern falls kann nunmehr die kommunistische Opposition im Freidenkerverband als restlos überwunden bezeichnet werden.

Der Schiffszusammenstoß auf dem Michigansee.

Port Washington (Wisconsin), 1. November.

An der Stelle des Zusammenstoßes zwischen dem Dampfer Senator und dem Fährboot Marquette sind mehrere Dampfer eingetroffen, die eine Anzahl Personen gerettet haben. Es werden nunmehr sieben Tote gemeldet, darunter der Kapitän des Senator. Das Fährboot wurde in den Hafen geschleppt.

Bruderliebe bis in den Tod.

Am Dienstagmorgen wurde der 70 Jahre alte Rentempfangler Franz Heide in seiner Wohnung Wilhelmstr. 27 in Berlin, im Bett liegend, tot aufgefunden. Im Nebenraum fand man seinen 65jährigen Bruder, den Portier August Heide, an einem Haken erhängt, ebenfalls tot auf. Beide Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt. Bekannte, die zufällig in die Wohnung gekommen waren, um die beiden Brüder zu besuchen, fanden sie als Leichen auf und benachrichtigten die Polizei. Vermutlich ist Franz Heide, der des öfteren an Herzkrämpfen litt, einem Herzschlag erlegen und sein Bruder hat aus Gram um ihn seinem Leben ein Ende gemacht.

Neue Schwangerenfürsorgestelle in Treptow.

In Treptow ist in der für die Einwohner der Ortsteile Treptow und Baumgartenweg eine neue Schwangerenfürsorgestelle eröffnet worden. Die Fürsorgestelle ist mit den modernsten Apparaten ausgestattet und zweckmäßig eingerichtet. Die Leitung befindet sich in Händen einer sozialistisch ausgebildeten Krankenschwester. Bei allen Fragen gesundheitslicher, wirtschaftlicher, juristischer und sozialer Natur wird kostenlos Auskunft erteilt. An Bedürftigen werden Nährmittel und Wäsche ausgeteilt. Nebenbei wird auch Antidotaufnahme vor der Entbindung und zur Entbindung vermittelt. Allen Schwangeren ohne Ausnahme ist daher zu empfehlen, sich bei Zeiten, d. h. möglichst schon im dritten Monat der Schwangerschaft, dieser gegenwärtigen Einrichtung zu bedienen. Die Sprechstunden sind Dienstags und Freitags von 13-14 (1-2) Uhr.

Eine Führung durch das Berliner Rathaus mit Turm- Besichtigung macht Dr. Franz Leberer am Sonntag, 3. November, vormittags 10 Uhr.

Das 20. Jahrhundert Nochen-ende

Schöneberg-Buchholz, Straßenbahnlinie 24.

Wenn man das noch wirklich ländliche Groß-Berlin kennen lernen will, muß man mit der Straßenbahnlinie 24 nach Buchholz fahren, das früher Französisch-Buchholz hieß, weil es mit Refugiés, den aus Frankreich ausgewanderten Protestanten, besetzt worden war. Nach der Einbeziehung in Groß-Berlin heißt es Berlin-Buchholz. Von jeher haben zwischen Berlin und Buchholz enge Beziehungen bestanden — nicht nur an den Sonntagen des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts, von denen ein Volkspoes „das Klappern der Kaffeetassen, die Töne einer Drehorgel und das dumpfe Fallen der Regel“ besingt, sondern schon ein Jahrhundert früher, wie aus dem in allen Katalogen als selten angeführten, aber doch genügend bekannten Stich Chodowickis „Die Wallfahrt nach Französisch-Buchholz“ hervorgeht. Eine profane „Wallfahrt“ — ein Familienzug mit Frau und Kindern und Esel . . . Welcher sonstige Berliner Disputoorort

kann sich rühmen, in gleicher Weise von Künstlerhand verewigt zu sein. Aber die Buchholzer sind darob nicht hochmütig geworden — sie bauen noch heute als Gemüse züchtende Bauern ihren Kohl und haben auf ihren Fluren bereitwillig jene Großstädter aufgenommen, die als Laubkolonisten „ihr agrarisches Herz“ entbedt haben. Die baureife Baustelle ist wohl schon vorhanden, aber bis jetzt sind nur schäblichste Ansätze von Hochbauten bemerkbar. Diese zu sehen hat man dort Gelegenheit, wo die Bahntrasse das Pantomer Gebiet verläßt. Wie die Gegend des alten Pantow, die Wollank- und die Breite Straße, noch manche fast als ländlich anzusprechende Gebäude besitzt, so wird man sich das dreistöckige Buchholz vorstellen müssen. Zurzeit hat der Ort zwei Sensationen: Die Straßenbahn legt ein zweites Gleise und das Altersheim der Stadt Berlin ist der Vollendung nahe. Gesteht man am Endpunkt der Linie 24 rechts die Parkstraße herunter, so sieht man die umgebauten Häuser des Heims und kommt zu einem kleinen Park. An frischer Luft wird es den Insassen nicht fehlen.

Sanierung der Deutschen Beamtenbank?

Verhandlungen sind im Gange.

Die Bank für Deutsche Beamte hat am gestrigen Freitag nachmittag eine neue Presskonferenz einberufen, in der mitgeteilt wurde, daß gegenwärtig Verhandlungen für eine Sanierung des Unternehmens geführt würden, über die allerdings Näheres noch nicht gesagt werden könne. Falls diese Verhandlungen ein günstiges Ergebnis haben werden, was sich im Laufe des heutigen Tages entscheiden wird, so will die Deutsche Beamtenbank die Beamtengehälter zunächst in Höhe von 50 Proz. zur Auszahlung bringen und dann auch ihren weiteren Verpflichtungen gegenüber den Kontoinhabern und Genossen nachkommen. Die Kassen werden jedoch bis zum Abschluß dieser Verhandlungen geschlossen bleiben.

Ferner wurde mitgeteilt, daß nach der Erklärung eines Beamten des Polizeipräsidiums in krimineller Hinsicht kein Anlaß zu irgendeinem Einschreiten gegen die Geschäftsführung der Bank für Deutsche Beamte vorhanden sei. Die kriminalpolizeiliche Untersuchung habe auch zu keiner Beschlagnahme von Büchern usw. geführt. Die Bank für Deutsche Beamte ist seit gestern früh mit der Aufstellung eines Status beschäftigt, aus dem die bisher noch nicht zu überblickende finanzielle Lage der Bank hervorgehen wird. Die Revisionsarbeiten sollen so beschleunigt werden, daß dieser Status ebenfalls in den nächsten Tagen vorliegt. Seitens der Bankleitung wurden bei der gestrigen Besprechung

erneute Vorwürfe gegen die Beamtenzentralbank

erhoben. Man wies darauf hin, daß die schwierige Lage der Bank für Deutsche Beamte lediglich durch das Vorgehen der Beamtenzentralbank entstanden sei, die eine Sicherheit nach der anderen an sich gezogen und im letzten Augenblick unter ganz eigenartigen Begleitumständen die Fusionsverhandlungen abgebrochen habe, die durchaus günstig standen. Noch am 30. Oktober sei bis in die späten Abendstunden in den Räumen des Beamtenwirtschaftsverbandes verhandelt worden, und als gegen Abend die Leiter der Deutschen Beamtenbank endlich eine verbindende Erklärung über den Abschluß verlangt hätten, sei von Direktor Lodenwiltz und den anderen Herren erklärt worden, daß vielleicht eine neue Lösung des Problems gefunden werden könnte und daß die Herren der Beamtenzentralbank sich die Angelegenheit noch einmal überlegen müßten. Die Herren hätten dann das Zimmer verlassen, und die Leiter der Bank für Deutsche Beamte hätten mehrere Stunden gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied der Beamtenzentralbank auf das Ergebnis gewartet. Schließlich habe sich herausgestellt, daß die Leiter der Beamtenzentralbank bereits nach Hause gegangen waren. Bei der Bank für Deutsche Beamte besteht anscheinend nicht die Absicht, das Institut zu liquidieren, sondern es wird von den schwebenden Verhandlungen abhängen, ob die Geschäfte weitergeführt werden.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft haben auf Veranlassung interessierter Beamtenkreise ihre Bereitwilligkeit erklärt, unter Umständen die bei der Bank für Deutsche Beamte geführten Beamtenskonten zu übernehmen.

Einige Behörden haben sich in der Zwischenzeit gleichfalls bereit erklärt, den geschädigten Beamten durch Gehaltszuschüsse zu helfen.

Eine Erklärung der Beamtenzentralbank.

Die Verwaltung der Deutschen Beamtenzentralbank A.-G. bemerkt zu dem Vorwurf, die Bank für Deutsche Beamte durch Kreditverweigerung in Schwierigkeiten gebracht zu haben, daß die Bank für Deutsche Beamte, mit der eine Geschäftsverbindung erst zu Anfang September dieses Jahres aufgenommen worden sei, die bisher gewährten Zwischkredite stets pünktlich zurückgezahlt habe, und zwar jedesmal noch vor dem Termin der Gehaltszahlungen, so daß angenommen werden mußte, die Bank für Deutsche Beamte werde auch in der Lage sein, den Ende Oktober fälligen Zwischkredit von 2 Millionen Mark zurückzahlen, ohne ihre finanzielle Lage derart zu verschlechtern, daß eine Auszahlung der Gehälter an die Beamten nicht erfolgen könne. Seit dem Bekanntwerden der ersten finanziellen Schwierigkeiten der Bank für Deutsche Beamte nämlich der Verhängung der Annahmesperre für Schecks durch die Oberpostdirektion Berlin — mehr als die Hälfte der Kunden der Bank für Deutsche Beamte gehört der Postbehörde an — habe sich die Deutsche Beamtenzentralbank bemüht, der Bank für Deutsche Beamte ihre Unterstützung zu leisten, mit dem Ziele, im Interesse der Beamtengehwirtschaft ein dauerndes Zusammenarbeiten mit diesem Institut, sei es in Form einer Interessengemeinschaft, sei es in Form eines Zusammenflusses, herbeizuführen, allerdings unter der Bedingung, daß die Deutsche Beamtenzentralbank reiflos Einblick in die Verhältnisse bei der Bank für Deutsche Beamte erhalte

und insbesondere der Verbandesleiter eine durchgreifende Revision vornehmen könne. Die Bank für Deutsche Beamte habe offensichtlich die Durchführung der Revision bis Ende Oktober verzögert und insbesondere die Aufstellung eines Status unterlassen.

Ein Torso eines Status sei erst zugleich mit dem Gesuch um Erneuerung des Zwischkredits am 29. Oktober der Deutschen Beamtenzentralbank beifolgendermaßen geworden, das demnach erschütternd ausgefallen sei, daß der Verwaltung der Deutschen Beamtenzentralbank nur der Ausweg geblieben sei, die Verlängerung des Zwischkredits zu verweigern.

Dieser Beschluß sei übrigens einstimmig gefaßt worden. Die Gewährung von Zwischkrediten gehöre zu den üblichen Geschäften der Deutschen Beamtenzentralbank, die derartige Transaktionen im Rahmen ihres Geschäftsbetriebes für die rund 80 Beamtenskonten im Deutschen Reich zu tätigen pflege. Die bei den Postkassen vorgelegten Schecks bezifferten sich nach Angabe der Oberpostdirektion Berlin auf etwa 200 000 Mark. Die Deutsche Beamtenzentralbank habe heute alle über diesen Betrag hinausgehenden Effekten freigegeben. Eine frühere Herausgabe sei nicht möglich gewesen, da die Bank für Deutsche Beamte den Höchstbetrag der einzulösenden Schecks bis zuletzt mit 800 000 Mark angegeben habe.

Zum Zusammenbruch der Beamtenbank

Warnung des Reichsarbeitsministers.

Vor längerer Zeit schon berichtete eine Korrespondenz über Verluste bei der Bank für Deutsche Beamte. Damals fehlte auch ein Run auf die Kassen der Gesellschaft und eine Beunruhigung bei der Beamtenschaft ein. Die Folge davon war, daß die Oberpostdirektion die Bankchecks ihrer Beamten sperre und eine Bürgschaft für diese verlangte, die von der Beamtenzentralbank übernommen wurde.

Wie wir erfahren, hat auch das Reichsarbeitsministerium, als die Zeitungen vom 28. August beunruhigende Meldungen über die Geschäfte der Bank für Deutsche Beamte veröffentlichten, diese Zeitungsberichte noch am selben Tage seinen Beamten, soweit sie Mitglieder der Bank für Deutsche Beamte waren, zugleich mit der Rundfrage zur Kenntnis gegeben, ob sie danach auch weiterhin die Ueberweisung ihrer Gehälter an die genannte Bank oder eine andere Zahlungsweise wünschten. Wie weit diese indirekte Warnung von Erfolg gewesen ist, können wir nicht feststellen.

Beginn der „6 Tage“.

14 Mannschaften am Start.

Bevor gestern Abend die Akteure des 22. Berliner Echotage-rennens ihre Maschinen zur 145-Stundenfahrt bestiegen, erledigten zwölf Berufsfahrer ein Stunden-Punktefahren, das den jungen Buse mit Kundeneinprägung in Front sah.

Raum haben die Fahrer die Bahn verlassen, da tauchen auch schon die Herren der „6 Tage“ auf. Als erster Georg Kroschel, der, wie Werner Ritche, lebhaft begrüßt wird. Dann tummeln sie sich bald alle auf dem Oval: Tononi, Agrini, Binda, Ehmer, die Debütanten Behmann, Wiffel, Schön, Krüger usw. Als die Fahrer ihre Vorstellungsrunde absolvieren, ist die große Halle fast besetzt. Manthey-Schön eröffnen, Dorn-Waczinski, die Brüder Wolfe, Krüger-Funda folgen, mehr oder minder lebhaft begrüßt. Recht freundlich werden Behmann-Wiffel und Petri-Tieh empfangen. Tononi-Binda schließen. Das Heer der Photographen rückt in Stellung, während die Fahrer die bis zum Start verbleibenden Minuten noch zur Ruhe benutzen. Dann heißt es „Kuffigen“. Bählich leuchtet auf, der Startschuß ertönt: das „22. Berliner“ hat begonnen. In flotter Fahrt zieht das Feld unter Führung Lothar Ehmers die ersten Runden.

Den ersten Vorstoß wagen nach etwa 20 Minuten die Franzosen Reynaud-Dagen. Wohl zwölf Runden währt die Hatz, die selbstverständlich im frischen Felde keinen Erfolg zu verzeichnen hat. Im gleichmäßigen Tempo geht es dann der ersten Werbung — bis am ersten Abend um 23 Uhr ausgefahren wird — entgegen.

Petri-Tieh führen.

Nach der gestrigen ersten Werbung ergab sich folgender Stand des Rennens: 1. Petri-Tieh 20, 2. Louis-Dauton 17, 3. Krüger-Funda 17, 4. Ritche-Hürtgen 14, 5. Goossens-Danese, 6. Girardengo-Agrini 7, 7. Ehmer-Kroschel 6, 8. Schwamm-Wiffel 5, 9. Behrüber-Wolke 5, 10. Manthey-Schön 4, 11. Reuters-Beermann 3, 12. Reynaud-Dagen 2, 13. Dorn-Waczinski 2, 14. Binda-Tononi 1. In der ersten Stunde (23 Uhr) wurden 41 510 Kilometer zurückgelegt.

Die Umschuldung der Städte.

Diskussion beim Städtetag. — Bedeutung und Forderungen.

Ueber die Voraussetzungen und Grundlinien der bedeutsamen, von den deutschen Städten unter Führung des Deutschen Städtetages beschlossenen Umschuldungsaktion haben wir an anderer Stelle dieses Blattes bereits kurz berichtet. Bei einem vom Deutschen Städtetag veranstalteten Presseempfang wurden von dem Präsidenten des Städtetages Dr. Muleri, dem Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Kleiner, und einigen Städtevertretern Ausführungen gemacht, die zur Beurteilung der Aktion wichtig sind. Dr. Muleri wies darauf hin, wie sehr die ungünstige Entwicklung der kommunalen Finanzen, abgesehen von allen Schwierigkeiten der deutschen Steuerordnung, durch die Politik der Beratungsstelle gefährdet worden sei. Beispielsweise sei noch vor anderthalb Jahren eine Auslandsanleihe von über 60 Millionen Mark, die zu 6 Proz. verzinstlich war und mit 94 Proz. ausgezahlt werden sollte — das sind heute märchenhaft günstige Bedingungen — von der Beratungsstelle als zu ungünstig verworfen worden. Heute müßten nicht weniger als jährlich 1,6 Millionen Mark über die damals zu erwartenden Zinsen hinaus für dasselbe Kapital gezahlt werden, das doch habe beschafft werden müssen. Die Deckung des Spitzenkapitalbedarfs habe zu einer Entlastung der Zinslast geführt, — es werden für kurzfristige Verpflichtungen heute 11 bis 14 Proz. Zinsen verlangt — die volkswirtschaftlich zu einer großen Gefahr geworden ist. Um die gesamte wirtschaftliche Lage zu entspannen, habe der Vorstand des

Städtetages eine spätere tiefergreifenden Gefährdung des Wirtschaftslebens vorzubauen und dies in einem Augenblick zu tun, in dem es noch nicht zu spät ist, ist ein Verdienst. Es ist nur zu wünschen, daß der Ernsthaftigkeit des Entschlusses eine ebenso ernsthafte, schnelle und erfolgreiche Durchführung entspricht. Leider ist den deutschen Städten nicht damit geholfen, wenn heute die deutsche Öffentlichkeit einmütig feststellt, die Politik der Beratungsstelle habe die schwersten finanziellen und in der Folge volkswirtschaftlichen Schäden zur Folge gehabt. Die Städte müssen heute die Folgen dieser Drosselungsaktion tragen, und sie müssen dafür sorgen, daß die Schäden nicht noch größer und vielleicht einmal nur mit schwersten Verlusten heilbar werden. Um so selbstverständlicher ist die Forderung, daß das Institut der Beratungsstelle verschwindet und seine gesunden Funktionen auf eine Kontrollstelle der kommunalen Selbstverwaltung übertragen wird. Es ist auch durchaus zu begrüßen, daß die Städte bereit sind, auch die inländische Kapitalbeschaffung unter eigene Kontrolle zu nehmen, wenn auch über die einzelstaatliche Durchführung dieser Kontrolle berechnete Kontrollstellen bestehen.

Auf der anderen Seite bestehen selbstverständlich vom Standpunkt der Arbeiterschaft und des Gesamtinteresses die aller schwersten Bedenken gegen die wirtschaftlichen Folgen der gefassten Beschlüsse. Voll und ganz müssen wir die Feststellung des Kölner Genossen Göringer unterzeichnen, daß alle Kommunalpolitik umsonst ist, wenn man unter den heutigen immer

Deutschen Städtetages beschlossenen Maßnahmen durchzuführen, die unter stärkster Drosselung des Anleihebedarfs eine wesentliche Entlastung des Geldmarktes bedeuten

und zur Senkung des Zinsmaßes beitragen werden. Die Fortführung der kommunalen Aufgaben wirtschafts- und sozialpolitischer Art könne auch auf dem Gebiet des Wohnungsbaues zwar vorübergehend etwas leiden, sie werde aber gerade durch die angestrebte Entlastung auf dem Gebiet der kurzfristigen Verschuldung auf die Dauer gefördert werden. Gerade jetzt sei die erfolgreiche Fortführung des Wohnungsbaues durch die abnormen Zinsverhältnisse auf dem Geldmarkt gefährdet. Die Bauten würden so teuer, daß Mieter für die errichteten Wohnungen je länger, desto weniger zu finden seien. Alle nicht unbedingt lebensnotwendigen Ausgaben der Gemeinden müßten eingeschränkt, alle nicht unbedingt dringlichen Arbeiten für spätere Zeit zurückgestellt werden.

Ein vorübergehender Verzicht ist die Voraussetzung für eine künftige dauernde Entlastung.

Die Sparkassen- und Giroverbände seien bereit, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften dafür Sorge zu tragen, daß die Kommunen einen Teil ihrer letzten kurzfristigen Verschuldung in eine billigere langfristige umwandeln können. Die Oberbürgermeister aller deutschen Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern, die Vorliegenden der Landes- und preussischen Provinzialstättetage, sowie die Städtetage selbst haben sich mit den vorgeschlagenen Maßnahmen einverstanden erklärt und sich verpflichtet, mit allem Nachdruck an ihrer Durchführung mitzuwirken.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer von Köln sprach über die auch beim Wohnungsbau eventuell notwendige eintretende Einschränkung. Wenn man die Leistungen des Jahres 1927 zu Grunde lege, wäre immer noch ein Programm von 250 000 Wohnungen in Deutschland durchführbar. Der in einigen Jahren eintretende Zuwachs der Bevölkerung könne auch aus wirtschaftspolitischen Gründen die an sich notwendige Einschränkung rechtfertigen. Wo eine Einschränkung unter keinen Umständen möglich sei, könne durch eine Zinsverbilligung derselbe Effekt erreicht werden, wie durch direkte kommunale Kapitalbeschaffung.

Präsident Dr. Kleiner vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband erklärte, daß die deutschen Sparkassen- und Giroverbände mit dem Vorgehen der deutschen Städte einverstanden seien. Hinsichtlich der Form der Umschuldung für die Städte sei ermitzt, daß provinziell oder für das ganze Reich oder durch Kombination beider Formen langfristige Kommunaldarlehensscheine als Grundlage für langfristige Kredite ausgestellt werden sollen, die lombardierungsfähig seien.

Der deutschlandweite Oberbürgermeister Dr. Jarres von Duisburg sprach sich mit bemerkenswerter Entschiedenheit

gegen jeden Versuch aus, die Kapitalbeschaffung für deutsche Städte mit einer Substanzveräußerung zu verknüpfen.

In Duisburg habe man den Fall schon erlebt, daß eine Auslandsanleihe zum Ausbau der Hafenanlagen, die im Besitz von Städten und des preussischen Staates seien, nur gegen Beteiligung der ausländischen Kapitalgeber gewährt werden sollte. Die Spuren in der deutschen Vergangenheit schreien; alle Welt erinnere sich noch der Schwierigkeiten und schweren Opfer, das ausländische Kapital, wenn es sich einmal in öffentlichen Betrieben festgesetzt habe, durch Entschädigung oder Auskauf wieder zu verdrängen. Die öffentliche Wirtschaft könne und dürfe den von Dr. Reich auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie empfohlenen Weg der Kapitalbeschaffung durch Substanzveräußerung unter keinen Umständen gehen.

Der sozialdemokratische Stadverordnete Göringer

aus Köln wies auf die großen unverantwortlichen Gefahren hin, die in einer eventuellen Einschränkung des Wohnungsbauens ganz besonders für die Städte mit starker Zuwanderung wie Berlin verknüpft seien. Der Wohnungsbau bleibe die primäre und vornehmste Pflicht der Städte. Alle Sozial- und Wohlfahrtspolitik der Städte bleibe unfruchtbar, wo der Wohnungsbau leide. Wenn Einschränkungen in der Durchführung kommunaler Aufgaben unvermeidlich seien, dann dürften Einschränkungen beim Wohnungsbau nur zu allerletzt vorgenommen werden. Das Reich könne gerade für den Wohnungsbau die Städte noch ganz erheblich entlasten. Die Versicherungsanstalten des Reiches könnten mehr Kapital zur Verfügung stellen, und der Wohnungsbau müsse als wirtschaftliche Arbeitslosenfürsorge endlich auch offiziell anerkannt werden.

Die Beschlüsse der deutschen Städte sind in der Tat von außerordentlich weittragender Bedeutung. Wir begrüßen die ergreifende Initiative mit Nachdruck. Die immer stärker empfindende kurzfristige Verschuldung, insbesondere die dafür notwendige enorme Verzinsung ist nicht nur eine kommunale, sondern auch eine volkswirtschaftliche Gefahr. Hier durch eine rechtzeitige Umschuldung und gleichzeitige vorübergehende Drosselung irgendeiner ausschlaggebender Ausgaben dem steten Ausbruch einer kommunalen Finanz-

Senkt den Diskont!

Die Wirtschaft braucht billigere Kredite.

In einem Tage wurden vorgestern die Diskontsätze in New York, in London und in Amsterdam gesenkt. Die deutsche Reichsbank hat noch keine Beschlüsse gefaßt. Der Zentralausfluß der Reichsbank ist jedoch für heute einberufen, und wir erwarten mit der gesamten Öffentlichkeit, daß der jetzige Reichsbankdiskont von 7½ Proz. auch für Deutschland herabgesetzt wird. Die Bank von Danzig hat mit Wirkung von heute bereits den Diskontsatz von 7 auf 6½ Proz. ermäßigt.

Daß in so schneller Folge in der ganzen Welt der Kredit verbilligt wird, ist eine natürliche Wirkung der Plötzlichkeit, mit der sich die internationale Finanzlage in den Monaten September und Oktober verschärft hat, und der Grundsätzlichkeit, mit der durch die gewaltigen Kurszusammenbrüche in New York den aus der ganzen Welt nach den Vereinigten Staaten strömenden Kapitalien ein Halt für die Spekulation zugeführt worden ist. Auch London, nach Amsterdam, aber auch nach Berlin strömen jetzt in Massen Gelder zurück, die durch Verkäufe in New York freigegeben sind. Darüber hinaus lockt der hohe deutsche Diskontsatz wegen des leichten Zinsgewinnes noch mehr Gelder nach Deutschland. Auf der anderen Seite darf man aber auch nicht verkennen, daß der Einfluß zur Diskontermäßigung auf den Hauptgeplätzen der Welt aus der Beförderung erleichtert wurde, die New-Yorker Börsenkatastrophe sowie sich zu einer allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise ausweiteten. Die Verbilligung der Kredite wird selbstverständlich als wirtschaftlicher Anreiz wirken und gleichzeitig als Erleichterung für alle Bankinstitute, die selbst drückende Verpflichtungen haben.

Die Dinge liegen jetzt so, daß die beiden stärksten Kapitalplätze der Welt, New York und Amsterdam, Diskontsätze von 5 Proz. haben, London einen Diskontsatz von 6 Proz. und Deutschland noch einen Diskontsatz von 7½ Proz. Diese Relationen sind ungünstig für Deutschland. Die deutsche Reichsbank wird, wenn sie ihren Diskontsatz nicht ermäßigt, mit einem Zustrom von Geldern nach Deutschland rechnen können, der der Reichsbank die Möglichkeit nimmt, auf den Geldmarkt noch Einfluß zu nehmen. Aus eigenem Interesse der Reichsbank ist deshalb die Diskontsenkung zweckmäßig. Sie ist möglich, denn die von der Reichsbank gewährten Kredite sind ebenso reformmäßig niedrig, wie die Deckung des Notenumlaufes reformmäßig hoch ist. Der Ultimo November wird aller Voraussicht nach leicht sein. Die Diskontermäßigung ist nötig aus wirtschaftlichen Gründen. Die Stagnation in der deutschen Wirtschaft ist nicht zuletzt durch die internationale Weltkrisis mit hervorgerufen. Die internationale Erleichterung muß der deutschen Wirtschaft zugutekommen. Konjunkturell ist eine Anhebung der Wirtschaft durch eine Kreditverbilligung gerade jetzt am Ende des Herbstgeschäftes und zu Beginn des Winters besonders zu begrüßen.

Biehpreise und Viehzölle.

Wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse zum Zollkampf.

In den nächsten Wochen wird im Reichstag wiederum der Kampf um die Erhöhung der Viehzölle, die bereits im handelspolitischen Ausschuss gegen die Stimmen der Sozialdemokratie genehmigt sind, eine Rolle spielen. Die Rechtsparteien verlangen eine weitere Erhöhung der Rindviehzölle und womöglich auch der Fleischzölle, um die deutsche Viehwirtschaft vor der Auslandskonkurrenz zu schützen.

Im Kampf um diese Zölle ist vor allem möglichst weitgehende Kenntnis der Markterhältnisse für deutsches Rindvieh erforderlich. Es ist daher zu begrüßen, daß das Institut für Konjunkturforschung in der Arbeit von Dr. Hanau: „Bestimmungsgründe der Preise für Schlachtrinder“ einen wertvollen Beitrag zur verbesserten Marktkenntnis des Rindviehs bringt. Es würde zu weit führen, die Ergebnisse dieser interessanten Arbeit hier im einzelnen darzulegen. Besonders interessant ist die im Zollkampf nur folgende Feststellungen: einmal ist die oft vertretene Meinung falsch, daß die ausländische Einfuhr die besonders starken Preisrückgänge 1925/26 und dann wieder 1928 verursacht habe. Diese Preisrückgänge waren vielmehr ausschließlich durch innerdeutsche Verhältnisse bedingt. Leberhaupt hat, wie Hanau feststellt, die Einfuhr eher ausgleichend, kaum aber verschärfend auf die Preisbewegung eingewirkt.

Ein weiteres ist interessant: Von allen ausländischen Rindviehgattungen ist in den letzten Jahren nur die Einfuhr von Rühnen gestiegen, und zwar deswegen, weil hauptsächlich die dänische Landwirtschaft, ganz gleich wie sich die Rindviehpreise in Deutschland entwickeln, im Abzug ihrer Schlachtkühe, die ein Abfallprodukt der gesteigerten Milchproduktion darstellen, auf den deutschen Markt angewiesen ist. Es scheint so gut wie sicher, daß, auch wenn die Zölle weiter erhöht werden, der dänische Schlachtkuhexport nach Deutschland nicht zurückgedrängt wird, weil Dänemark keine Schlachtkühe eben nur nach Deutschland exportieren kann.

nach mehr als traurigen Bohnverhältnissen den Bau von neuen Wohnungen und den Erlag von alten leiden läßt. Auf der anderen Seite ist es wahr, daß die heutige Zinshöhe auch die Baukosten und damit die Mieten in unerträglich Weise übersteigert. Man braucht aber den Wohnungsbau nicht leiden zu lassen, wenn man die vielfach übersteigerten Brücken- und Strohhauptpläne und ähnliches vor dem Wohnungsbau zurücktreten läßt. Darüber hinaus ist es möglich, daß in allen deutschen Städten eine vollständige und genaue Kontrolle darüber eingerichtet wird, daß Hauszinssteuerermittel überhaupt nur nach Verwendung finden, wenn Massenwohnungen gebaut werden, die eine bestimmte Grundfläche nicht überschreiten. Es ist auch nicht zu übersehen, daß die gerade in diesen Tagen eingetretene allgemeine Zinsverbilligung in der ganzen Welt nicht nur die kommunale Verschuldung etwas leichter erträglich macht, sondern auch die Umschuldung erleichtert und die Geldbeschaffung für den Wohnungsbau wahrcheinlich günstiger gestalten wird.

Zu fordern ist weiter, daß die zum erstenmal erfolgte Zusammenarbeit aller deutschen Städte so schnell als möglich zu einer Dauereinrichtung wird. Der Kirchturnsgeist selbstherrlicher Oberbürgermeister muß verschwinden. Hat man das in guten Zeiten nicht gelernt, so soll man es endlich in schlechten lernen. Es muß auch dafür gesorgt werden, daß die jetzige einmalige Zusammenarbeit mit der gesamten öffentlichen Sparkassen- und Giroorganisation nicht nur zu einer organisierten Dauereinrichtung gemacht wird, sondern daß man auch die gesamte Kapitalkraft aller öffentlichen Bankinstitute für die kommunale und öffentlichen Wirtschaftszwecke zu einheitlicher Wirkung auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt bringt. Geschehe das, so könnten die Beschlüsse, die sich aus der augenblicklichen Notlage ergeben, für die Volkswirtschaft in der Zukunft sich hundertfach bezahlt machen.

Diese Kühe müssen auch zu Schleuderpreisen von der dänischen Landwirtschaft abgelehrt werden.

Weiter ist sehr beachtlich die auch von uns bereits früher gemachte Feststellung, daß ungünstige Rinderpreise, wie sie in den letzten Jahren in Deutschland hauptsächlich durch den gesteigerten Auftrieb deutscher abgemolkenen Kühe verursacht sind, keineswegs entscheidend für die Rentabilität der Rindviehhaltung sind. Auch in Deutschland wird die Schlachtkühe mehr und mehr Abfallprodukt der Milchviehwirtschaft. Die Rentabilität rationaler Milchviehhaltung macht daher die geringen Einnahmen beim Kuhverkauf weft. Daß niedrige Schlachtkühpreise nach Hanau in Richtung einer Steigerung der Milchleistung je Kuh tatsächliche Beschränkung der Kuhhaltung und Kuhverkauf, das heißt auf eine beschleunigte Rationalisierung der Milchviehhaltung hindrängen, ist auch unsere Ansicht. Die Landwirtschaft hat in der Tat durch Verbesserung ihrer Milchviehhaltung weitgehende Möglichkeiten, ihre Einnahmen unter Verbilligung der Produktionskosten stark zu erhöhen.

Nicht unerwähnt darf die Feststellung des Konjunktur-Instituts bleiben: „Für die Bindung der Rindviehpreise ist die Entwicklung der städtischen Kaufkraft, das heißt also das Preisniveau der städtischen Bevölkerung ganz entscheidend“. Sowohl der Beschäftigungsgrad als auch die Lohnhöhe bestimmen diese städtische Kaufkraft. Die Landwirtschaft sollte es sich für die Zukunft merken, daß nur bei weiterer Erhöhung des städtischen Einkommens und der städtischen Kaufkraft eine befriedigende Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionspreise zu erwarten ist.

Steigender Schuhexport.

Deutscher Schuhaußenhandel wieder aktiv.

Eine ganz überraschende Entwicklung hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres der Außenhandel der deutschen Schuhindustrie genommen. Während die Schuhfabrikanten noch im Frühjahr auf Grund der ständig wachsenden Einfuhr ausländischer Schuhe bei Reichsregierung und Reichstag wegen Aufstockung der Schuhzölle vorstellig wurden, hat sich im Laufe dieses Jahres das Blattchen gehörig gewendet.

Schon vom Januar bis zum Juni 1929 war ein Rückgang der Einfuhr von 3,0 auf 1,6 Millionen Paar festzustellen, während sich die Ausfuhr von 1,0 auf 1,17 Millionen Paar vergrößert hatte. Im letzten Vierteljahr von Juli bis September hat sich diese Tendenz der Einfuhrsenkung bei gleichzeitiger Ausfuhrsteigerung gegenüber 1928 noch kräftiger durchgesetzt. So stellte sich

	die Einfuhr	die Ausfuhr
Juli 1929	72 000 Paar	170 045 Paar
August 1929	66 780 .	205 320 .
September 1929	81 101 .	317 162 .

Mit den gleichen Monaten des Vorjahres verglichen, ergibt sich für den Juli ein Einfuhrückgang von 53,8 Proz., für den August von 65,1 Proz. und für den September der höchste Rückgang von 69,6 Proz. Dieser ganz beträchtlichen Senkung der Einfuhr steht aber zugleich ein starkes Anwachsen der Ausfuhr deutscher Leder- und Schuhwaren gegenüber. Sie erhöhte sich gegenüber dem letzten Jahr im Juli um 44,6 Proz., im August um 26,7 Proz. und weist für September die Rekordsteigerung um 65,3 Proz. auf. In der mengenmäßigen Einfuhr von Schuhen ist also, wie die folgenden Ziffern zeigen, der große Einfuhrüberschuß der letzten Jahre gänzlich geschwunden. Der Einfuhrüberschuß betrug:

1927	710 000 Paar
1928	2 190 000 .
Jan bis Sept. 1929	7817 .

Noch weit günstiger aber hat sich der Außenhandel der deutschen Schuhindustrie wertmäßig entwickelt, da sich die Ausfuhr mehr aus hochwertigem Schuhwerk, die Einfuhr dagegen größtenteils aus leichten sächsischen Schuhwaren zusammensetzt. Hier ist die Einfuhr von Januar bis September 1929, verglichen mit der Zeit des Vorjahres, von 35,9 auf 18,2 Millionen Mark zurückgegangen, während die Ausfuhr von 18,6 auf rund 21 Millionen Mark gestiegen ist. Nach der hohen Passivität des deutschen Schuhaußenhandels in den letzten Jahren weist dieser schon in den ersten neun Monaten dieses Jahres einen Aktivposten von 2,7 Millionen Mark auf.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages, der sich mit den Zollwünschen der Schuhindustrie auch zu befassen hat, wird, abgesehen von den vielen anderen Gründen, die gegen eine Aufstockung der Schuhzölle sprechen, bei seinen Beratungen diesen bemerkenswerten Umschwung im Außenhandel der Schuhindustrie sehr stark in Rechnung zu stellen haben.

Henry Ford macht gute Stimmung. Die Börsen-zusammenbrüche in New York haben auch die Kaufkraft für Autos gedämpft. Henry Ford hat sich das zunutze gemacht und ist jetzt ein Preisermächtiger von etwa 5 Proz. in aller Welt verknüpft. Von solcher Anpassungsfähigkeit sollten auch unsere deutschen Unternehmer etwas lernen.

A. Crozière: Viel Lärm um nichts

„Steh auf, Cilli, es ist sieben Uhr. Wie kamst du doch bist?“
 „Ich bin müde, Mama, schrecklich müde. Stell dir vor, daß ich es ein Uhr und dann zwei Uhr habe schlagen hören. Ich habe selbst den blöden Mieter aus dem zweiten Stock heimkommen hören.“
 „Den Herrn Koftrauch? Das ist auch so ein rechter Lämmer.“
 „Ich gäbe was drum, wenn ich ihn los wäre. Man kann nicht mehr schlafen, wenn man solche Leute im Hause hat.“
 Und das Gespräch fiel jetzt auf die Mieter des Hauses, wo die Hasler seit 15 Jahren Hausmeister sind.
 Während Cilli sich weiter ansehbete, poßte Frau Hasler auf die Milch auf.
 „Sag mal, Mama,“ fragte Cilli ganz unermutet, „glaubst du, daß der Graf von Hopf und zu Malz die brave, würdige Nimi heiraten wird? Schließlich verdankt er ihr sein Leben, denn sie hat ihn gerettet, als er aus dem Klub kam und von den Banditen angegriffen wurde.“
 „Na, eigentlich würde er doch nur seine Pflicht tun.“
 „Ach, wie wäre ich zufrieden, wenn er Nimi seinen Namen geben würde!“
 Im Hofe, den er voll Eifer lehrte, hatte der alte Hasler Cillis Frage vernommen.
 „Schweig doch, du blöde Gans,“ meinte er verdächtig, „der Graf von Hopf und zu Malz wird ein armes Mädchen ohne Mitgift heiraten!“
 „Doch, das kommt alle Tage vor!“
 „Soll ich dir was sagen? Dieser Graf von Hopf und zu Malz ist ein Hochstapler, ein ganz gewöhnlicher Schwindler. Das ist meine Ansicht über diesen Herrn.“
 Frau Hasler legte sich ins Mittel.
 „Ich bitte dich, August, du brauchst dabei doch nicht so zu schreien. Du weißt doch, daß Cilli das Los der armen Nimi zu Herzen geht. Sie schämt darüber gar nicht mehr.“
 „Darauf pfeife ich.“
 Entrüstet protestierte Cilli:
 „Papa, deine Abneigung gegen den Grafen ist unerbittlich.“
 „Ein Aufschneider ohne Herz ist er!“
 „O, Mama, bring doch Papa zum Schweigen!“
 Sie war bebend aufgestanden:
 „Papa, ich verbiete dir, an der Aufrichtigkeit und den erhabenen Gefühlen des Grafen von Hopf und zu Malz zu zweifeln, hast du mich verstanden?“
 „Was ist das? Das gnädige Fräulein verbietet mir? Du, hör mal, der Ton gefällt mir nicht!“
 „Ich werde diesen Edelmann gegen und wider jeden verteidigen. Er wird seine Pflicht tun.“
 „Er wird sie nicht tun.“
 „Er wird seine Pflicht tun.“
 „Was, du gibst noch nicht nach? Na, warte mal!“
 Der gute Mann stürzte auf seine Tochter, aber Frau Hasler warf sich zwischen die beiden.
 „Aber was soll denn das? Können ihr denn nicht miteinander reden, ohne euch gleich in den Haaren zu liegen?“
 „Du hast sie zu sehr verzogen, Frau, jetzt hast du die Folgen: sie verachtet uns, sie schwärmt für alles, was adlig ist.“
 „Er wird sie heiraten,“ trotzte Cilli.
 „Jetzt ist aber das Maß voll!“ freizügte Herr Hasler, der seine Tochter im Hofe verfolgte. „Jetzt kriegt du's mit mir zu tun, du mißratenes Geschöpf, du!“
 Verschiedene Fenster öffneten sich.
 „Elets zanken sie sich wegen der Mieter,“ schrie der Rentier aus dem dritten Stock.
 „Sie werden sehen, daß das eines Tages noch mit Revolverkugeln endigt,“ prophezeite die alte Dame aus dem Zwischenstock.
 „Wird er sie kriegen, wird er sie nicht kriegen?“ spöttelte der Junggeselle aus dem vierten Stock.

„Das ist ja reizend, selbst um sein bißchen Ruhe kommt man!“
 trächte der unerwünschte Herr Koftrauch. „Ich werde mich beim Hauswirt beschweren.“
 „Sie sollten nur das Maul nicht aufreißen,“ erwiderte Frau Hasler. „Jetzt kommen Sie schon seit acht Tagen jede Nacht zwischen ein und zwei Uhr nach Hause und stören die anderen Mieter in ihrer Ruhe. Das ist ein Skandal! Ein so ruhiges Haus!“
 Dann ließ sie zu ihrem Mann, den sie bei der Schürze packte.
 „Hör doch auf, du wirst mir die Schürze noch vom Leibe reißen!“
 „Ach, dieser Graf von Hopf und zu Malz, der euch beiden den Kopf verdreht! Wenn es noch mir ginge, würde ich ihn zum Teufel jagen!“
 Trotz Frau Haslers Eingreifen war es August gelungen, seine Tochter bei den Haaren zu packen.
 „Willst du mich um Verzeihung bitten? Auf der Stelle!“
 „Zu Hilfe, zu Hilfe, Mama! Er mißhandelt mich wie der schwarze Keller den armen kleinen Hans, weil er ihm nicht sagen wollte, wo der alte Kaspar seine Staatsanleihe verborgt hatte.“
 „August, laß doch die Haare deiner Tochter los!“
 „Erst soll sie mich auf den Knien um Verzeihung bitten.“
 „Wie im Leben,“ sträubte sich Cilli. „Ich soll um Verzeihung bitten, weil ich einen ritterlichen Menschen verteidige, der der armen Nimi gestern noch eine Bratpfanne und einen Petroleumofen geschenkt hat?“
 „Warum ist er dann der Mißgeschick des kleinen Ludwig, genannt das Cichhörnchen, bei der Entführung des jungen Mädchens gewesen?“
 „Weil ihre Tante sie schlug und in Gewahrsam hielt, selbst als sie sie nach Amerika geführt hatte, um sich ihrer wegen der Erbschaft von zwanzig Millionen zu entledigen,“ seufzte Cilli. „Hat sie nicht versucht, sie in einem Urwald Colorados um die Ecke zu bringen? Du weißt doch, daß sie von einem Orang-Utang gerettet wurde, der sie einer Klapperschlange entriß, die sie glatt aufgefressen hätte!“
 „Du suchst mich vergebens zu beschwächen. Der Graf hat nur einen Gedanken: Sich das Vermögen des Trappers anzueignen und dann mit der Amerikanerin aus Los Angeles durchzugehen, die beinahe von dem Wolfenkratzer herabgestürzt wäre, als sie über die Bananenschale ausrutschte.“
 „Und ich sage dir, er wird sie doch heiraten!“
 „Wenn du jetzt nicht gleich den Mund hältst, dann wolle ich dich durch, du hochbeinige Kreatur!“
 Während dies Auftritts hatten sich auf dem Bürgersteig zahlreiche Zuschauer angesammelt, die sich königlich amüsierten. Herr Hasler, dessen Erbitterung den Höhepunkt erreicht hatte, bedrohte sie mit dem Felsen.
 „Mit welchem Rechte,“ lobte er, „mißt ihr euch in meine Familienangelegenheiten? Mach doch die Tür zu, Magda, mach doch die Tür zu!“
 Frau Hasler war gerade im Begriff, die Tür vor den Augen der Reugierigen zuzuschlagen, als ein Polizist erschien.
 „Habt ihr recht gehört? Hier im Hause soll sich ein Drama abgespielt haben?“
 „Aber nein, Herr Bachmeister, aber nein, ein kleines Mißverständnis zwischen meinem Mann und meiner Tochter, nichts weiter. Beide lesen den Feuilleton-Roman mit Leidenschaft. Gestern haben sie das zwölfte Kapitel des „Geheimnis des blauen Koffers“ gelesen und jetzt fabeln sie sich wegen der Persönlichkeiten, die niemals gelebt haben. Jeder von ihnen hält hartnäckig an seiner Ansicht fest, aber deswegen hegen sie doch keinen Groll gegeneinander. Sie werden sehen, wie sie sich gleich in den Armen liegen werden.“
 Und sie lächelte nachsichtig, während Cilli brüllte:
 „Ja, er ist ein ehrlicher Kerl ja, ja, ich behaupte es und ich werde es jedem gegenüber behaupten. Au, au, du tuft mir ja weh! Zu Hilfe, zu Hilfe, er bringt mich um! Ganz recht, er wird sie doch heiraten! Oh, meine Nase, ich blute...“

(Verständliche Uebersetzung von ERNST LEBER)

Die erste Ueberfliegung des Nordpols

Die Diskussionen über den geplanten Nordpolflug des Grafen Zeppelin lassen die Erinnerung wieder aufleben an die blühenden Ueberfliegungen des Vols, von dem die Nord-Expedition eine der schönsten war. Wie dieser Flug wieder so glückliche Männer an Bord brachte, erzählt Nord in nachfolgenden Zeilen, der seinen Guide „Liam the Bear“ (Berling N. A. Nordhaus, Zeits.) entlehnt.
 Mit einer Last von nahezu 4500 Kilos rasten wir die Rückbahn hinab. Die bucklige Schneewüste eilte bedenklich näher, aber wir erreichten sie nie. Wir schwebten dem großen Abenteuer entgegen. Unter uns standen die Schiffsgefahren, jauchzend und die Hüfte schwenkend. Wie gern wäre jeder einzelne von ihnen mitgekommen. Und doch freuten sie sich selbstlos über den gelungenen Ausflug. Wie im Leben werde ich diesen Augenblick vergessen. Nur der treuen Mitarbeit aller Kameraden verdanke ich diesen Abstieg, diese Möglichkeit zum Erfolg.
 Wir hatten uns gegen mancherlei Zufälle gewappnet. Ein kurzweiliger Funksender, dessen Dynamo mit der Hand getätigt wurde, sollte uns mit der Außenwelt verbinden, falls wir auf dem Polareis notlandeten. Ein von Amundsen geschenkter Schlitten sollte die Vorräte aufnehmen, wenn wir zu Fuß nach Grönland wandern mußten. Lebensmittel waren für zehn Wochen vorhanden. Ferner waren da ein Gummiboot für offenes Wasser, Pelzkleider, Drümslöcher, Jagdwaffen, Zelt, Werkzeuge, Rauchbomben und Arzneien, alles so leicht und raumparend wie nur möglich. Im Notfall mußten wir auf einen langen Weg gefaßt sein. Für den Rückzug kam nur Etah in Betracht. Klobben, Eisbären und Wolfspackthiere mußten uns den Lebensunterhalt während der langen Polarnacht liefern.
 Solange wir die Landmarken von Spitzbergen in Sicht behielten, konnte ich einen Koppeltours legen. Wir stiegen auf 600 Meter, um die Küsten und das prachtvolle Schneegebirge im Innern zu überblicken. Nach einer Stunde hatten wir das wilde Gletschergelände hinter uns und überflogen den Rand des Packeises, das viel näher ans Ufer reichte, als wir erwartet hatten.
 Während wir so über die weißen Flächen dahinschwärmten, verbrachte ich die angespanntesten Arbeitsstunden meines Lebens. War es doch das erste Mal, daß die Geräte dem Flieger einen Weg über die unwiderrlichen Eisgebirge weisen sollten. In den Sonnenkompass leuchte ich mein höchstes Vertrauen. Nach 160 Kilometer sahen wir die letzten Berggipfel hinter uns in der Sonne funkeln. Das Band

mit den vertrauten Landmarken zerriß; vor uns gähnte die unbekannte Leere. Wir lösten uns im Fliegen ab. Zuerst führte Bennett das Steuer. Alle zwei Minuten drehte er sich nach mir um, so daß ich ihn durch Winken mit der rechten oder linken Hand auf den richtigen Kurs sehen konnte, wenn er abgewichen war. Alle drei Minuten maß ich unsere Bodengeschwindigkeit und die Windkraft. Fortwährend wechselte ich fünfmalige dreierlei Art, je nachdem, welche Handgriffe ich zu machen hatte. Zum Schreiben legte ich sie manchmal auch ganz ab. In der Falltür erfuhr ich mir einmal das Gefühl und eine Hand, was mich hinstört zu größerer Vorsicht mochte. Wir hatten auch Lederhelme bei uns, die das ganze Gesicht bedeckten.
 Die kurze Ruhe zwischen dem Kurshalten widmete ich der Betrachtung des Nordmeritens, das meine Gedankenwelt schon in der Schule beschäftigt hatte. Nirgends sah man Land. Da wir 600 Meter hoch flogen und einen weiten Schreisel beherrschten, wären uns Berggipfel auch in 150 Kilometer Entfernung aufgefallen. Von ungeheurem Druck aufgeworfene Rämme durchzogen das Packeis kreuz und quer nach allen Richtungen. Dazwischen luden glatte Flächen zum Landen ein. Aber das war sicherlich eine Täuschung, wie man aus den Eisstücken schließen mußte, die von hier oben recht unbedeutend aussahen, die aber in Wirklichkeit 15 bis 20 Meter hoch sind. Bewundernd gedachte ich der heldenhaften Forscher, die sich ehemals über diese grenzlosen Hindernisse hinwegwagten. Sie und da öffneten sich Wasserpfannen, die dem Schlittenreisenden so gefährlich werden können. Die Windverhältnisse waren gut, denn die Luft erwies sich als stoßfrei. Das entsprach den Erwartungen angeflücht der weiten Flächen und der gleichmäßigen Kälte. Erfahrungen mit einem Polarsturm blieben uns erspart. Einstweilen genossen wir die Gunst des Frühlings und der 24stündigen Tageshelle.
 Dann kam wieder eine Zeit, wo ich Bennett im Führeramt abgab. Er streckte derweil die Glieder und füllte den Benzintank aus den 20-Liter-Kannen, die überall umherstanden und nach der Leerung über Bord geworfen wurden. Manchmal verbesserte ich meinen Kurs, indem ich den Sonnenkompass in die eine Hand nahm und das Steuer in die andere. Auf dem Eis spähte ich vergeblich nach Seehunden, Eisbären und Bögeln aus. Die Landschaft blieb die

und tot. Beim Hinausbeugen stieß ich gegen etwas Hartes, es war die mit Taitsmanen gefüllte linke Brusttasche. Ich bin nicht abergläubisch; aber jeder Forschungsreisende wird mit solchen Schutzzaubern beladen.

Wir überflogen jetzt einen Teil der Erdoberfläche, auf den noch kein sterbliches Auge hinabgeschaut hatte. Welch ein wunderbares Gefühl, den ersten Blick auf jungfräuliches Gelände werfen zu dürfen. In diesem Augenblick fühlte ich mich für alle vorausgegangenen Schwierigkeiten belohnt. Hinter dem flimmernden Gesichtskreis lag unser Ziel. Neuland oder vielmehr Neumeer erstreckte sich zu 25 000 Geviertkilometern die Stunde. Einmal spiegelten mir tiefhängende Wolken ein unentdecktes Gebirge vor. Das Schicksal blieb uns gnädig, denn es ließ die Sonne scheinen, ohne die wir nichts hätten ausrichten können. Irgendwo zur Rechten drückte sich der Schaufelapparat Rankens kühner Laten; links zog sich Pearys Straße hin. Eine Stunde vom Pol bemerkte ich ein Led im Behälter des Steuerbordmotors. Bennett bestätigte meinen Augenblick und schrieb: „Der Rotor wird verlagert.“ Er schlug dann eine Landung vor. Da indes schon viele Forscherfahrten an Landungen gescheitert waren, zog ich es vor, auf dem Wege zum Nordpol zu verharren.

Am 9. Mai um 9.02 Uhr nach Greenwich Zeit ergab das Bestick, daß wir uns über dem Pol befanden. Der Traum meines Lebens hatte sich erfüllt.

Wir drehten nach rechts, um zwei bestätigende Sonnenmessungen vorzunehmen und dann zum gleichen Zweck nach links. Ich machte einige photographische Aufnahmen und beschrieb einen weiten Kreis, um den Nordpol auch sicher einzufangen. Dabei vollendeten wir in wenigen Minuten einen Flug um die Erde. Wir verloren einen Tag und gewannen ihn gleich darauf wieder.

Alles steht hier auf dem Kopf. In gerader Linie über den Scheitel des Pols liegt man erst nordwärts und dann gleich südwärts. Oben auf dem Pol bläst der Wind gen Norden; und wohin man auch blickt, es ist überall Süden. Und von diesem Kreispunkt aus nützen wir nun die keine Insel Spitzbergen fassen, die irgendwo südlich von uns lag. Zwei tüchtige Frögen tauchten auf. Befanden wir uns tatsächlich, wo wir zu sein glaubten? Wenn nicht, dann würden wir Spitzbergen verfehlen. Und angenommen, unser Kurs stand richtig, wie lange würde der Rotor noch laufen?

Wir umkreisten das Haupt der Welt und ludigten dem Forschergeist Pearys. Unter uns dehnte sich das ewig gefrorrene Meer. Zahlreiche Eisrippen bezeichneten die Ränder seiner mächtigen Bruchschollen. Daraus konnte man auf die Bewegung des Meeres fern von jedem Land schließen. Hier und da sah man eine mit Jungels überzogene Wasserlinie, die grünblau inmitten der schneeigen Weisse aufleuchtete. Um 9.15 nahmen wir Kurs auf Spitzbergen.
 Richard E. Byrd.

Sterne, die wir niemals sehen

Unser Auge, vielleicht das wunderbarste Organ unseres Körpers, ist nicht so vollkommen gebaut, wie wir meist denken. Das Auge der Raie ist beispielsweise viel empfindlicher. Der Hölle erträgt eine kleine Maus auf eine Entfernung, wo für unsere Augen alle Einzelheiten verschwinden. Sein Auge muß also schärfer sein. Wir können aber trotzdem mit unseren Augen zufrieden sein. „Jedes Organ paßt sich dem Gebrauch an“, sagt die Wissenschaft. Wir haben es nicht nötig, eine Maus aus großer Höhe zu erkennen. Es gibt aber auch Dinge in der Welt, die wir mit unseren Augen nie sehen können, und wenn wir Fernstecher und Fernrohre benötigen. Um dies zu erklären, müssen wir uns erst damit vertraut machen, was „Sehen“ eigentlich ist. Stellen wir uns eine brennende Kerze vor. Wir „sehen“ sie leuchten. Was bedeutet das? Von der Leuchtquelle gehen Wellen eines unsichtbaren Stoffes (Äther) aus. Die unsere Augenerven erregen und die Empfindung Licht hervorrufen. Lichtwellen schwingen sehr rasch auf und ab, viele Billionenmal in einer Sekunde. Treffen 360 Billionen Schwingungen unser Auge, so sagen wir: „Ich sehe rot.“ Bei 490 Billionen in einer Sekunde empfinden wir „orange“. Gehen die Schwingungen noch rascher, werden die einzelnen Wellen also noch kürzer, so nennt der Mensch diese Eindrücke gelb, grün, blau und violett. Wenn alle die verschiedenen Ätherwellen gleichzeitig in das Auge fallen, so folgt der Mensch: „Ich sehe weiß.“ Violett entspricht einer Schwingung von 660 Billionen, rot einer von 360 Billionen in der Sekunde.

Farben, deren Schwingungen über oder unter diesen Zahlen liegen, können wir nicht sehen. Treffen diese Schwingungen auf unser Auge, wird es nicht erregt, wir empfinden dunkel. Ultraviolett und ultraviolete Strahlen, so nennt man diese, können wir nicht wahrnehmen. Durch scharfsinnige Untersuchungsverfahren kann man aber nachweisen, daß hier tatsächlich noch „Licht“ vorhanden ist. Nur reagieren unsere Augen nicht auf diese Schwingungen. Es gibt aber Tiere, deren Auge anscheinend dieses Licht noch wahrnimmt, so z. B. die Ameisen. Als die Astronomen daran gingen, den Himmel zu photographieren, entdeckten sie auf einmal Gebilde, die sie vorher auch mit den besten Fernrohren nie gesehen hatten. Als man die Sache näher untersuchte, zeigte sich, daß diese Himmelskörper ultraviolettes und ultrarotes Licht ausstrahlten, das unsere Augen nicht wahrnehmen, das aber auf die photographische Platte wirkt. Das bekannteste derartige Gebilde ist der Nordamerikaner. Man hat ihn so genannt, weil seine Gestalt lebhaft an die Umrisse von Nordamerika erinnert. Der Nebel ist ziemlich groß, aber trotzdem können wir ihn nie sehen, außer auf einer Photographie.

Rückgang der Adler in Norwegen und Schweden. Ueberall ist ein Rückgang, besonders des Stein- und des Seeadlers, auch in jenen Gegenden zu erkennen, wo sie ehemals noch zahlreich und regelmäßige Horstvögel waren. Die nördlichen sowie die südlichen Gebiete des Landes boten den Vögeln längere Zeit unbehelligte Unterkunft gegen die immer weiter vordringende Kultur und dieselbe Verfolgung. Zunehmend beschleunigt der gesteigerte sportmäßige Beschuß der Adler vom Horst, die Horstüberübung zu Sammel- und anderen Zwecken, sowie die Fällung langjähriger Horstbäume die Abnahme der Adler in Schweden. Seit 1924 und 1925, wo in Norwegen noch 429 bzw. 330 Adler erlegt wurden, ist der Bestand bedeutend zurückgegangen. Schweden besitzt noch 30 Steinadlerpaare und ungefähr 15 unter staatlichem Schutz stehende Seeadlerpaare.

Mittelalter im 19. Jahrhundert. In Beweisen war die Strafe des Adlers bis zum Jahre 1851 gelegentlich zulässig. Man schaute zuletzt aber ihre Grausamkeit, und es wurde vor der Cefulina jemals dem Scharfrichter eine Robineitsorder eingehändigt, daß er den Betrüger zum Beginn des Adlers heimlich zu erdroffen habe.

